

Dieses Jahrgang enthält:
1000 Seiten
Preis: 1,20 Mk.
Postgebühren in Höhe
von 0,10 Mk.

Der Proletarier

Anzeigenpreis:
50 Pf. für die 3 gebr.
Zeilen.
Geschäftsanzeigen werden
nicht angenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 35815 Postcheckamt Hannover.

Verlag von H. Weg.
Druck von G. H. B. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prill, Hannover.
Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistraße 7, II. — Fernsprech-Anschluss 5 22 81.

Du selbst hast Schuld!

Millionen Menschen schaffen, schaffen und mühen sich im
Schweiß ihres Angesichts. Das heutige Arbeitstempo stellt
die größten Anforderungen an jeden einzelnen. Es gibt keine
Rücknahme auf seelische Stimmungen, auf körperliche
Unpäßlichkeit. Und wenn die Not in der Familie noch so
groß, und wenn gerade heute das Schicksal über Leben und
Tod eines Kindes, der Ehefrau, des Vaters oder der Mutter
entscheidet, der Arbeiter darf nicht daran denken. Er ist heute
Maschine unter Maschinen, nur ein Rädchen im großen Uhr-
werk des Betriebes, das nicht versagen darf. Und doch ist er
nur ein Mensch, und doch gewinnt einmal die Sorge einen
Augenblick die Oberhand, und schon ist es geschehen. Eine
kleine Unachtsamkeit: die Maschine steht, das Material ver-
dorben, der Produktionsprozeß gestört, und wenn es schlimm
kommt, sind auch noch Leben und Gesundheit bei ihm und
bei seinen Arbeitskollegen gefährdet.

Jetzt kommen sie gelaufen, all die Vorgesetzten. Der
Arbeiter wird mit Fragen überschüttet, die er mit dem besten
Willen nicht beantworten kann. Jeder Vorgesetzte ist be-
müht, in ihm den Schuldigen festzustellen, damit ja nicht etwa
ein Makel auf seine eigene Persönlichkeit fällt. Der Arbeiter,
der sich den ganzen Vorgang selber noch nicht zu erklären
weiß, läßt alles willenlos mit sich geschehen. Am nächsten
Tage vertritt er einem der hohen Vorgesetzten. Als armer
Sünder steht er da. Wohlüberlegt, scharf durchdacht, weiß
ihm der Vorgesetzte seine Schuld nach. Der Arbeiter will sich
wehren, will schildern, wie alles gekommen ist. Aber er ist
ja nicht so redegewandt wie dieser Herr. Die Gedanken
kreisen im Hirn, er kann sie aber nicht zu Sätzen formen.
Er weiß bloß, daß es alles viel anders war, als es ihm
hier vorgetrieben wird. Das Wenige, was er zu seiner
Entschuldigung vorzubringen weiß, wird falsch verstanden.
Beide verstehen sich nicht, sie reden aneinander vorbei. Denn
jeder spricht eine andere Sprache. Der eine im Vollgefühl
seiner Überlegenheit und Würde, jedes Wort auf seine
Wirkung berechnet, keinen Zweifel darüber lassend, daß das
Gesagte der Weisheit letzter Schluß ist. Der andere, einge-
schüchtern durch die ungewohnte Umgebung, voller Sorgen vor
dem Kommenden, verteidigt sich auf seine Art und Weise.
Die Unfähigkeit, all die Vorwürfe in logischer Rede zurück-
weisen zu können, bringt ihn in Erregung; die Situation
spielt sich immer mehr zu. Und plötzlich, der Arbeiter weiß
gar nicht, wie es geschehen, fühlt sich der hohe Herr beleidigt.
Jetzt ist alles verdorben: hinaus, strifflöse Entlassung! Wir
lassen uns von unseren Arbeitern keine Frechheiten gefallen.
Im Glauben an seine Unfehlbarkeit glaubt dieser Vorgesetzte
auch noch im Rechte zu sein. Der arme Teufel aber liegt auf
der Straße.

Jetzt folgt der übliche Weg zum Betriebsrat, wenn einer
da ist. Sehr oft gelingt es diesem, die verfahrenere Karre
wieder ins rechte Gleis zu bringen. In vielen Fällen aber
bleibt der Arbeitgeber hartnäckig. Ein Erfolg vor dem
Arbeitsgericht ändert gewöhnlich an der Tatsache nicht viel.
Denn wer einmal auf der Straße liegt, kommt doch nicht
wieder in den Betrieb. Die paar Pfennige Abfindung, die
der Arbeiter eventuell erhält, können ihn nicht glücklich
machen. In Verkenntung der wahren Ursachen schiebt er nun
die Schuld daran, daß er seinen Leidensweg gehen mußte, auf
andere. Was er selber dazu beigetragen hat, bedenkt er nicht.
Und doch ist in den meisten Fällen seine eigene Schuld eine
gewaltige.

Sein Kritikvermögen geht bis zum nächsten Funktionär.
Wenn bei dem einmal bei einer Kleinigkeit der Egoismus
über den Idealismus siegt, dann sind eben alle Lumpen. Wenn
der Betriebsrat nicht alles durchsehen kann, was ihm auf-
gefragt wird, dann ist jeder ein Verräter, und wenn die
Gewerkschaft notgedrungen ihre Beiträge erhöhen muß, dann
sind es nur die Bonzen, die das Geld verpulvern. Diese
geistlosen Redewendungen waren sehr oft das einzige Thema,
das zur Debatte stand, wenn im Betriebe über diese
Sachen gesprochen wurde. Welche verheerenden Wirkungen
bei einer derartigen Geistesverfassung alsdann noch die ge-
wissenlosen Heherien einer Sorte Auchkollegen anrichten
können, die in ihrer kitzeligen Borniertheit systematisch,
jeder besseren Einsicht bar, die Gewerkschaftsbewegung und
jeden, der sich für dieselbe einsetzt, in den Schmutz zerren,
kann nur der ermessen, der einmal versucht hat, Vernunft zu
predigen, wo bis dahin Radikalismus und Gedankenlosigkeit
um die Siegespalme rangen. Dort ist dann auch das Eldo-
rad der Beitragsfurchen, jener irdischen Logik entbehrenden,
dafür aber um so dickfälligeren kleinsten Getzhalfe. Sie
haben es am wichtigsten vor jeder Lohnbewegung, und nach
derselben verflüchten sie nie, den Funktionären auseinander-
zusetzen, daß das Erreichbare lange nicht genug ist.

Wer war nun schuld? Die Gewerkschaft, für die er nicht
eintrifft, der Betriebsrat, für dessen Einflusslosigkeit unter den
Kollegen er selbst mit gelorht hat, oder er selbst. Der all diesem
Treiben interesselos gegenüberstand und selbst oft noch mit
hat, wenn es sich, herabzusetzen und zu zerstreuen. Und doch

hätte gerade ihm ein Betriebsrat, der durch das Vertrauen
der Belegschaft imstande gewesen wäre, seine Rechte voll
auszunutzen, helfen und ihn retten können. Die Mitwirkung
des Betriebsrates, die nach den neuesten Entscheidungen des
Reichsarbeitsgerichts. Mitbestimmung bedeutet, kommt
auch bei Bestrafungen in Betracht. Die Mitbestimmung ist
aber nur durchführbar, wenn die gesamte Belegschaft Ver-
trauen zu ihrem Betriebsrat hat. Noch viel wichtiger ist es
aber, daß auch der Betriebsrat Vertrauen zur Arbeiterschaft
haben kann. Er muß von der Arbeiterschaft seines Betriebes
erwarten können, daß sie seinen Handlungen und Entschlei-
dungen Verständnis entgegenbringt. Wo dieses nicht der Fall
ist, kann gar nicht daran gedacht werden, dieses für die ge-
samte Arbeiterschaft so wichtige Recht voll auszunutzen. Mit
welchen Schwierigkeiten hier zu kämpfen ist, möge ein Vor-
fall, wie er sich in der letzten Zeit in einem größeren Chemie-

geprüft und gewertet werden können. Wo dies der Fall ist,
können auch all die Mißverständnisse, die meistens der Grund
dafür sind, daß ein Vertrauensverhältnis zwischen Betriebs-
rat und Arbeiterschaft im Betriebe nicht zustandekommen
kann, geklärt werden. Durch die Behandlung aller
schwebenden Fragen in den Gewerkschaftsversammlungen ist
es nur möglich, Verständnis für die Schwierigkeiten und
Möglichkeiten aller auftauchenden Differenzen und Probleme
zu schaffen. Hier ist es jedem Kollegen gestattet, seine
Meinung frei zu äußern. Dadurch entsteht doppelter Ge-
winn; der einzelne erhält tieferen Einblick, er kann selber
mitberaten und fühlt dementsprechend auch eine gewisse Ver-
antwortung auf sich lassen. Den haltlosen und unkontrollier-
baren Gerüchten im Betriebe, die meistens aus Unkenntnis
der wirklichen Verhältnisse heraus entstehen, wird immer
mehr der Boden entzogen. Ein weiterer Vorteil aber ent-
springt daraus, daß der Kollege, der sich hier befaßt, immer
mehr die Fähigkeit erlangt, seine Gedanken so zum Ausdruck
zu bringen, daß ihn kein Vorgesetzter im Betriebe in Zukunft
mißverstehen wird.

Die Arbeiter im Betriebe haben ihr Schicksal selbst in der
Hand. Es genügt nicht, Mitglied der Gewerkschaft zu sein
und im übrigen nur einigen wenigen die Bürde der ganzen
Arbeit und Verantwortung auf die Schultern zu laden. Ein
jeder Kollege muß Mithämpfer sein. Wer das nicht begreift
und nicht danach handelt, hat selbst mit sich Schuld, wenn
viele in seinem Betriebe und in der gesamten Wirtschaft
nicht so ist, wie es sein könnte.

Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk
ihrer selbst sein.
Max Klübs.

KPD.

Vertreter, Katastrophenpolitiker, wollen zu den be-
vorstehenden Betriebsratswahlen auch ihre Knechtlinge,
also

Unorganisierte

als Kandidaten auf die Vorschlagslisten bringen,
Leute, denen solidarisches Denken und Handeln
fremd ist

und

die nicht gewillt sind, Opfer zu bringen im Interesse
der Arbeiterbewegung. Aber auch

Selbe

sollen auf die KPD-Liste, denn die KPD. weiß sehr
wohl, daß Unorganisierte und Selbe besser in ihre
Gesellschaft passen

als

Organisierte, vernünftige, ehrliche Kolleginnen und
Kollegen. Die Aufstellung und die Wahl von Un-
organisierten und Selben als

Betriebsräte

zeigt die ganze Karrekei einer Psychopaten-Partei,
die sich als Hauptaufgabe gestellt hat: Zerfällung
der Arbeiterorganisation.

Kommunistischer Parteibefehl
zur Spaltung der Gewerkschaften.

Nach dem großen Fiasko der Kommunisten, mit ihren
Arbeiterdelegationen und Einheitsfrontparolen die Gewerk-
schaftsbewegung zu erobern, brüht der Sekretär der Roten
Gewerkschaftsinternationale, Losowski, nun schon annähernd
zwei Jahre über neue Methoden zur Erreichung dieses Zieles.
Dabei scheint er sich klar geworden zu sein, daß mit der Ein-
heitsfront keine Geschäfte zu machen sind, daß es daher besser
sein dürfte, die offene Spaltung der Gewerkschaften zu be-
treiben. Ebenso klar scheint er sich aber auch darüber zu sein,
daß der breiten Masse diese seelenvolle Absicht möglichst ver-
schleiert bleiben müsse, weil die Erkenntnis des Wertes einer
streifen Organisation die Arbeiterschaft gegenüber solchen
Plänen kopfschütteln machen würde. Zu überlegen blieb ihm also
nur, wie man nach außen hin Einheitsfront machen, und in
der Sache selbst die angeführte Spaltung doch erreichen könne.
Einen geeigneten Ausweg fand er darin, daß die KPD. die
Einheitsfront bisher nur falsch angewendet habe, denn die
Herstellung der Einheitsfront bedeutet ja nicht die Eroberung
des Gewerkschaftsapparates, sondern der Massen, um mit ihrer
Hilfe die Gewerkschaftsbürokratie unmöglich zu machen.
Die Frage ist also nur die, wann und wie können die Gewerk-
schaftsmassen am leichtesten und sichersten für die neue kom-
munistische Einheitsfront begeistert werden.

Von kommunistischer Seite sind wir es gewöhnt, daß sie
Parteiziele über alles stellen, ohne Rücksicht, wie sich die be-
troffene Arbeiterschaft mit den für sie geschaffenen Folgen
abfindet; aber die jetzt angeordnete Taktik übersteigt jedes
Maß und wird zum Verbrechen an der gesamten Arbeit-
erschaft. War es bisher Grundsatz, daß in Zeiten schwerer Aus-
einandersetzungen mit den Unternehmern, also bei Streiks oder
umfangreichen Ausperrungen alle gegenseitigen Meinungs-
verschiedenheiten zurückzustehen haben, um in geschlossener
Einigkeit den Kampf bestehen zu können, so sollen jetzt —
dahin geht der Plan der Kommunisten — gerade solche Kämpfe
zur Durchführung der Spaltung der Gewerkschaften benutzt
werden. Eine besondere kommunistische Streikstrategie wurde
entwickelt, deren Durchführung bei der in der KPD. üblichen
Weise als Parteibefehl von den kommunistischen Anhängern
erzwungen wird. Lange Abhandlungen darüber hat Losowski
in seinem Organ "Die Rote Gewerkschaftsinternationale"
geschrieben; die im Frühjahr 1928 in Moskau abgehaltenen
Kongresse der Komintern und der Roten Gewerkschaftsinter-
nationale haben sich damit befaßt, und jetzt ist die KPD. dabei,
die Anweisungen Losowskis allen Parteifunktionären zur
strengen Befolgung einzuhämmern. Ende Januar fand zu
diesem Zweck in Berlin die Reichsparteiarbeiterkonferenz der
KPD. statt, wo Heckerl und Merker den Funktionären die
neuen Anweisungen vermittelten. Die von Losowski dazu aus-
gearbeiteten Richtlinien sind in unserem Besitz, und nur einige
Zitate daraus mögen erweisen, ob die oben gegebene Kenn-
zeichnung dieser Anweisungen als Verbrechen zu hart und
gar ungerecht ist.

In dem Abschnitt "Die Vorbereitung der Massen in
Streiks und Ausperrungen" heißt es:

„3. Die vorbereitende Agitations- und Organisationsarbeit
muß unter den Lösungen geführt werden: „Stift nicht auf die
Gewerkschaftsbürokratie“, „Nehmt euer Geschick in die eigenen
Hände“, „Bereitet euch zum Kampf vor, sonst werdet ihr ge-
schlagen“. In dieser Agitation muß die ganze Erfahrung des

werk in Mitteldeutschland abgepielt hat, beweisen. Silvester-
nacht; der Betrieb kennt keine Feiertage. So mußte auch
hier gearbeitet werden. Einige Kollegen hatten leider bei
einer kleinen Feier des Guten zuviel getan. Immerhin war
ihr Zustand nicht so schlimm, daß der Wachbeamte am Ein-
gangstore Verdacht geschöpft hätte. Im Betriebe aber, wo
trotz des strengen Winters noch große Hitze herrscht, machten
sich die Folgen bald bemerkbar. Zwei Kollegen gerieten
wegen einer Kleinigkeit in Streit. Der eine wurde hand-
greiflich; der andere wehrte sich. Die üblichen Folgen-
meldung, Verhör, bei dem der Betriebsratsvorsitzende zu-
gegen war. Der Personaldirektor spricht die strifflöse Ent-
lassung aus. Aus prinzipiellen Gründen, wie er sich aus-
drückt. Jetzt gelingt es dem Betriebsratsvorsitzenden, durch
sein Eingreifen die schon ausgesprochene Entlassung in eine
Geldstrafe umzuwandeln. Und die Auswirkung dieser er-
folgreichen Bemühungen? Eine große Heße gegen den Be-
triebsratsvorsitzenden. Daß er die Entlassung rückgängig
machen konnte, wurde nicht erzählt. Wohl aber, daß er seine
Zustimmung zu einer Bestrafung gegeben hatte. Unter diesen
Umständen ist es nicht verwunderlich, wenn dem Betriebsrat
die Luft vergeht, von seinem Recht, bei Bestrafungen mitzu-
wirken, Gebrauch zu machen. So untergraben die
Arbeiter im Betriebe ihre eigenen Rechte.
Noch durch viele andere Beispiele ließe sich dies beweisen.
Was nützen die Verbesserungen der Gesetze, wenn die
Arbeiterschaft ihren Vertretern es unmöglich macht, von
denselben Gebrauch zu machen? Was hier auf dem Spiele
steht, kann nur mit wenigen Worten angedeutet werden. Die
von den Gewerkschaften geforderte Wirtschaftsdemokratie
läßt sich nicht allein durch neue Gesetze und Verordnungen
durchführen. Die Arbeiterschaft muß auch imstande sein, die
Entwicklung und Durchführung neuer Rechtsformen im Be-
triebe zu ermöglichen und darüber hinaus auch weiterzutreiben.
Hieraus ergibt sich aber die zwingende Notwendigkeit, nur
die besten und erprobten Kollegen in den Betriebsrat zu ent-
senden. Das ist aber nur möglich, wo durch eine gute und
regame Gewerkschaftsbewegung die Fähigkeiten des einzelnen

Vernicht der Gewerkschaftsbureaucraten in den letzten Wirt...

1. Schon in dieser Vorbereitungsperiode ist es notwendig, in Versammlungen, durch persönliche Gespräche und Bearbeitung jener Elemente der parteilosen, reformistischen, anarcho-syndikalistischen und katholischen Arbeiter fortzusetzen, die in den Kampf gegen die Unternehmer auf der Basis unserer selbständigen, von der Gewerkschaftsbureaucratie unabhängigen Taktik einbezogen werden können.

2. Beim Herannahen einer Aussperrung ist es notwendig, die Lösung der Schaffung von Kampfkomitees gegen die Aussperrung, die in den Betrieben durch alle Arbeiter und Arbeiterinnen, ohne Unterschied ihrer Partei- und Gewerkschaftszugehörigkeit, ob sie organisiert sind oder nicht, geschaffen werden müssen.

3. Im Falle des Angriffscharakters des Kampfes von Seiten der Arbeiter und bei einer günstigen objektiven Situation für den Streik muß in das Zentrum der Massen die Schaffung von Streikkomitees, die durch alle Arbeiter und Arbeiterinnen gewählt werden, gestellt werden. In diesen Wahlen müssen die Arbeiter aller Richtungen, organisierte wie auch unorganisierte, teilnehmen.

4. Gleichzeitig muß die erbitterteste Agitation und Propaganda in den Massen gegen die von oben ernannten Streikkomitees und gegen die Verhinderung der Gewerkschaftsbureaucratie, die Führung des Kampfes solchen Komitees zu übergeben, geführt werden.

In einem weiteren Abschnitt dieser Anweisungen, über: "Hilfsformen und Charakter der Kampforgane", heißt es:

Im Falle einer herannahenden Aussperrung muß man zur Wahl von Kampfkomitees gegen die Aussperrung schreiten, und mehrere Tage vor der Erklärung des Streiks muß man zur Wahl von Streikkomitees übergehen. Je mehr Streikkomitees bestehen werden, je leichter werden sie die Masse führen können. In Großbetrieben, wo Tausende von Arbeitern beschäftigt sind, müssen die Streikkomitees 200 bis 300 Arbeiter stark sein.

Nach weiteren Anweisungen, wie sich die Streikkomitees zu den Belegschaften zu verhalten haben, heißt es bezüglich der Aufgaben und der zu erreichenden Ziele weiter:

1. Das Streikkomitee muß den Kampf führen, in Verhandlungen eintreten, wenn es nötig ist, Vereinbarungen unterzeichnen, wobei es von vornherein erklären muß, daß alle durch die reformistische Bureaucratie abgeschlossenen Vereinbarungen die Arbeiter nicht verpflichten.

2. Das Streikkomitee muß zur Aufgabe haben, den reformistischen Verband aus dem Betrieb zu verdrängen und die Führung des Kampfes aus seinen Händen zu reißen.

3. Das Streikkomitee muß eine Beobachtung der Gewerkschaftsbureaucratie organisieren, ihre Tätigkeit verfolgen, Demonstrationen vor den Verbandsbüros im Falle von Geheimverhandlungen und Machinationen organisieren, Versammlungen der Organisierten und Unorganisierten einberufen und die Verjagung der Gewerkschaftsborgern verlangen, Geldsammlungen und allen Streikenden helfen, systematisch, besonders in den Massen der sozialdemokratischen und katholischen Arbeiter das Vertrauen zum reformistischen, katholischen Gewerkschaftsapparat zerstören.

4. Das Streikkomitee muß zur mächtigen Waffe in den Händen der Gewerkschaftsopposition, für die Vertreibung aller Kapitalisten und Unternehmerverbänden aus den Gewerkschaften werden.

Ein weiterer Abschnitt behandelt die Beziehungen zwischen Streikkomitee und Gewerkschaftsapparat. In ihm wird gefordert, daß die Streikkomitees sich von jeder Verbindung mit den Gewerkschaftsleitungen fernhalten sollen, daß ihre Arbeit der Entlastung der Gewerkschaftsbureaucratie dienen muß, da nur dann eine wirklich selbständige Führung des Streiks erreicht wird. Deshalb:

Keinerlei offizielle Vertreter der reformistischen Gewerkschaften dürfen in die Streikkomitees aufgenommen werden. Die geringste ideelle und organisatorische Abhängigkeit der Streikkomitees vom Gewerkschaftsapparat, die Schwächung des Kampfes gegen ihn kann zur Zerstörung des Streiks und zum Falle der Autorität der Gewerkschaftsopposition und der durch ihre Initiative geschaffenen Streikkomitees führen.

Nur einige der markantesten Stellen aus den acht einzeln beschriebenen Maschinensetteln umfassenden Anweisungen konnten an dieser Stelle Aufnahme finden. Blühhell wird aber auch dadurch schon die Situation beleuchtet und zugleich allen Gewerkschaftskollegen das Verständnis vermittelt, warum ein Teil der bisherigen maßgebenden Führer der KPD zur offenen Revolte gegen die Moskauer Parteizentrale gegriffen haben. Die Einheitsfrontparole ist jetzt geplagt, an ihrer Stelle die offene Spaltung proklamiert, und vor diesem Schritt, und

mehr noch vor den Folgen sind die großen Leuchten des kommunistischen Klassenkampfes von gestern zurückgegriffen. Die Kenntnis dieser Anweisungen bekräftigt aber auch die Entfaltung des ausgeschlossenen Oppositionsführers. Ganz offensichtlich, daß Kosowski in der Dezemberausgabe der "Profintern" ausgesprochen hat:

"Jambh, unsere Anweisungen bedeuten Spaltung. Wir befinden uns in einer Sackgasse, aus der wir nur durch Spaltung der reformistischen Verbände herauskommen."

Also nur um der KPD, das Herauskommen aus der Sackgasse zu ermöglichen, haben die kommunistischen Parteigänger die Gewerkschaften zu spalten. Je größer das Glied, um so anfälliger bleibt der Weizen der KPD. Deshalb müssen die Gewerkschaften, deren Existenz und Wirksamkeit ein stetes Ringen gegen die Verelendung der Arbeitermassen ist, um jeden Preis gespalten und erledigt werden. Um trotzdem der Arbeiterschaft dieses heilig erstrebte Ziel so gut als möglich zu verschleiern, wird möglichst im gleichen Atemzug zur Mitgliederwerbung für dieselben Gewerkschaften aufgerufen, deren Vernichtung Lebenszweck des kommunistischen Strebens ist. Mit der Aufdeckung dieses Herenimaleins haben die Moskauer Spaltungspropagandisten aber wesentliches Terrain verloren. Wer seine Gegner und deren Methoden kennt, ist nicht mehr zu übertröscheln. E. Schütz.

### Das kapitalistische Wirtschaftssystem gestattet es nicht!

Selbstverständliche und leicht erfüllbare Menschenpflicht ist die Beseitigung aller Not und drückenden Armut; die Kosten eines Rüstungsjahres würden ausreichen, um die Blutschuld der Gesellschaft zu tilgen, die heute noch den Hunger und seine Sünden in ihrem Schoß dübelt. Doch diese Aufgabe ist so einfach, so mechanisch, trotz ihrer herzerregenden Dringlichkeit so trivial, daß sie eher der polizeilichen als der ethischen Vorhut zugeschrieben werden sollte. Was darüber hinausgeht, bleibt im letzten Sinne gleichgültig. Noch immer zengt und trägt die Erde so viel, daß der Gesamtheit Nahrung, Kleidung, Werkzeug und Maße zur Genüge erwächst, sofern sie nur im rechten Maße schaffen, verbrauchen und genießen will.

Walther Rathenau.

### Die kommunistischen Spalter in Köln an der Arbeit.

Die kommunistische Partei mit ihrer Gewerkschafts-Abteilung in Köln ist ein Blümchen, was im Verborgenen blüht. Seit der Stabilisierung hat die KPD jeden Einfluß auf die Großbetriebe verloren. In der Metallindustrie sind nur noch kümmerliche Reste einer Opposition vorhanden. Auf der Generalversammlung der Metallarbeiter waren es 15 Männlein von über 400 Delegierten, die versuchten, die Sowjetfahne flattern zu lassen. In unserem Verbände hat die Opposition alle Positionen verloren. Bei der J.-G. Farbenindustrie in Leverkusen und in Dormagen, der Chemischen Fabrik Kalk, der Rheinisch-Westfälischen Sprengstoff-A.-G., Troisdorf, der A.-G. für Stickstoffdünger, Knapsack, den Radium-Gummierwerken, Köln-Deßloch, dem Stellwerk, der Fabrik feuerfester Produkte in Berg-Clabbach, und auch in den übrigen Industriegruppen, besonders an den Spiegelglaswerken "Germania" in Porz, ist ihr Einfluß null. Überall in diesen Großbetrieben liegt die Leitung in den Händen von alten, bewährten, vernünftigen Gewerkschaftern; deshalb ist von einer ernstlichen Opposition keine Spur mehr vorhanden. Der Verlust der Chemischen Fabrik Kalk, der A.-G. für Stickstoffdünger, der Rheinisch-Westfälischen Sprengstoff und der Spiegelglaswerke

"Germania" in Porz, liegt dem Mandatbentum schwer im Magen. Die schwierigen Verhältnisse in Russland bei der Erneuerung der Tarifabschlüsse, die Einführung der Brotkarten, die innere Zerrissenheit in der Partei selbst über die Gewerkschaftsfrage, veranlaßte die Partei der Aufmerksamkeit ihrer Anhänger zu entziehen und brachte die neue Parole auf den Markt, zu den Betriebsräte wählen eigene Listen aufzustellen und überall zu versuchen, auch die Unorganisierten mit auf die Listen zu setzen. Der Ablauf der Lohntarife soll besonders dazu benutzt werden, in den Betrieben wieder an Boden zu gewinnen. Man hat sich deshalb entschlossen, neben den kommunistischen Betriebszellenzeitungen, den "Farbenkumpel", die "Rote Spinne", noch einen neuen Spaltplz, den "Roten Fabrikarbeiter", herauszugeben. (Es müßte sachgemäß heißen: "Der rückständige Fabrikarbeiter") Das nachstehende Zirkular wurde an die Arbeiterschaft der Chemischen Fabrik Kalk verteilt:

An die organisierte Arbeiterschaft der Chemischen Industrie!

Die Opposition des Fabrikarbeiterverbandes hat sich entschlossen, ein eigenes Gewerkschaftsorgan herauszugeben. (Roter Fabrikarbeiter). Wir waren zu diesem Schritt gezwungen, da wir es nicht länger dulden können, wie man die Gewerkschaftsdemokratie mit Füßen tritt. Mit der heuchlerischen Maske, die Gewerkschaften stets politisch neutral hinzustellen, führt man den härtesten Kampf durch freie Erfindung, Entstellung und Fälschung von Berichten gegen die Opposition. Dabei vertritt dieses reformistische Organ voll und ganz den Kampf zu führen gegen das Chemiekapital. Aus diesem Grunde steht die Opposition sich veranlaßt, der einseitigen Schreibweise des "Proletariats" ein revolutionäres Gewerkschaftsorgan gegenüberzustellen.

Wir werden der Arbeiterschaft in unserem "Roten Fabrikarbeiter" fortlaufend über die nötigen Tagesfragen, über Ausbeutung und Antreibersystem berichten, und besonders die Arbeiter mobilisieren zu dem kommenden Lohnabkommen. Die Arbeiter müssen endlich erkennen, daß es nicht nur genügt, die Beiträge den Bureaucraten zu opfern und dann ihr Schicksal voll und ganz ihnen zu überlassen und zu warten, was bei dem Kuhhandel mit der Unternehmerclique herausgeholt wird.

Der "Rote Fabrikarbeiter" soll den Arbeitern dienen als Waffe für die Rüstung gegen den Reformismus und die Unternehmerrfront. Jeder Arbeiter, der seinen Körper vor weiterer Ausbeutung und seine Familie vor größerer Not schützen will, fleiß den "Roten Fabrikarbeiter" und unterstützt die Opposition.

Der "Rote Fabrikarbeiter" erscheint allmonatlich illustriert und wird zum Preise von 10 Pfennig vor dem Betrieb verkauft.

(Freitag erste Ausgaben)

Verantwortlich: J. Zimmer, Köln, Aquinost. 11.

Also jetzt geht's los! Glücklicherweise haben wir nun drei Betriebszellenzeitungen. Der Redakteur Lehmann vom "Farbenkumpel" in Solingen hat schon Pech gehabt. Er wurde Mitte Januar fristlos entlassen, weil er nicht so wollte wie die KPD-Zentrale es ihm vorschrieb. Mit Tränen in den Augen meldete er sich bei unserer Jahrestelle in Wiesdorf arbeitslos. An seine Stelle ist nun der Bessermacher Zimmer getreten, der die Spalterei im großen betreiben will und sofort mit der Gründung einer neuen Zellenzeitung beginnt. Die Arbeiterschaft in der Chemischen Industrie und besonders die in der feuerfesten und Glasindustrie verhält sich in ihrer großen Mehrzahl diesen neuen Versuchen ablehnend gegenüber. Der größte Schreier auf der Chemischen Fabrik Kalk hat sich kürzlich selbst aufgehängt (sich unmöglich gemacht. Die Red.) und mußte seine Entlassung nehmen. Die Gehilfen der Stickstoffdüngfabrik in Knapsack, Arenz, Bachel und Meißel, sind in der Verenkung verschwunden. Arenz ist Nationalsozialist geworden. Der frühere Kommunist Zierth auf der Rheinisch-Westfälischen Sprengstoff-A.-G. in Troisdorf hat nach seiner Entlassung die Partei mehrmals gewechselt. Zuerst ging er zur Deutschen Volkspartei. Auch dort konnte er keine Lorbeeren ernten, wurde dann Nationalsozialist und ist jetzt wieder Kommunist geworden. In der feuerfesten und Glasindustrie ist der vor wenigen Monaten gemachte Versuch, durch die bodenlose Verdächtigung der Betriebsräte Einfluß in den Betrieben zu gewinnen, erfolgreich abgeschlagen worden. Der bekannte Puffschiff in der feuerfesten Industrie ist längst nicht mehr. Die Felle sind ihm fortgenommen. Auch der neue Versuch wird erfolglos sein.

### Eine heilsame Lektion.

Sätze von Linda-Linda.

Die Sozialisten ... die roten kommen ...!

Heutgenoff ... war das eine Aufregung Anno 1902 in dem kleinen Dörfchen, welches da später weitvergangen inmitten der Leipziger Tiefebene lag. ...

Unersichtliche Nachricht auch, daß die roten in Leipzig kein Lokal mehr bekommen und nun für nächsten Sonntag den Saal des kleinen Dorfkafes gemietet haben sollen.

Und vor allen Dingen was Eshlungen lief darob eine großartig heile Gänsehaut den Rücken hinab. Was wußten wir auch viel von sozialen Wesenheiten, die wir alle durchweg Kleinbauern waren, uns für kleine Königsöhne hielten und unsere sozialen Meinungen nur soweit aneinanderbergingen, als des einen oder des anderen Vater eine Kuh mehr oder weniger im Stalle zu stehen hatte. Und was wußten wir viel von der besseren Schichtenklasse der Groß- und Kleinstadt ... davon, daß dort Rot und Claud höchlich grinsend im Hintergrunde lauerten? Wir, die wir ja davon kaum mehr als das glänzende, augenblendende Straßenschild gesehen, wo alles im Sonntagsgedächtnis einherlief, es immer eitel Sonn- und Feiertag zu sein schien und gar immer Mittag. Und was hatten er-zählen lassen, daß man da gar unmäßig viel Geld verdienen und man dafür nur gar wenig Stunden zu arbeiten brauche und nicht wie bei uns von Sonnenanfang bis Untergang. Noch darob wäre das Stadtwild noch immer nicht zufrieden. Am liebsten wüßte ihnen der Bauer Kartoffeln, Milch und Butter umsonst auch liefern, zogen ihm am liebsten die letzte Kuh aus dem Stalle und hielten ihm den letzten Saak Korn vom Boden. ...

Währenddessen hatten wir ja auch mit heimlichem Grausen, wie die weiße Jugend damaliger Zeit, ein gehörig Quantum von Furchen- und Räuber-Gezeiten verschlungen. Und was

Wunder nun, wenn jugendlich überschwengliche Phantasie die für nächsten Sonntag erwarteten roten mit der "Blutigen Hand" und Schinderhannes in einen Topf zusammenwarf.

Und dann war der denkwürdige Sonntag da.

Mittag um 1 Uhr sollten die roten mit dem Zug auf der eine Stunde entfernten Station ankommen. Doch schon eine Stunde vorher ... ach, was sage ich ... zwei, drei Stunden vorher kannten wir auf der Landstraße auf das Anrücken des argbösen Feindes. Und endlich, endlich rückte er an in großen Kolonnen.

Wir, gleichsam als des Dorfes Vorhut, zogen uns gar vorsichtig zurück, und hinter des ersten Gehöftes Torweg, weichen wir gar sorgfältig vertiegt, schickten wir atemlos und hochkopfbendend Herzens durch die Ährlicher und hinter den Zaunplanen hervor und harrten der Dinge, die da kommen sollten ... granenhafte Dinge, die wir nun schauen würden. ...

Und ... ach ... gar ara Ernüchterung, die uns nun wurde. Was hatten wir nicht alles erträumt: wild oeshwungene Tomabawks und blühende Dolche, abgetrennte Skalpe, welche gar lustig am Gürtel baumelten, wild rollende Augen und gar graneroll Räubergeschrei und den roten haben, wild auf-flackernd von Dach zu Dach. ...

Und was nun? ... Leuten, welche in Gruppen zu zweien und dreien zwanglos, doch gewissen Schrittes daherkamen, gar lustig gekleidet waren und sich in ernst-fröhlichem Geplauder unterhielten. Und wir sahen einander gar ver-blickt und entsetzt an: Menschen wie wir, wie du und ich!

Nur die vier Gendarmen mit der blanken Wiedelhaube, welche den Zug begleiteten, deuteten allein noch darauf hin, daß hier doch nicht alles so harmlos in Ordnung sei, wie es nach unseren zerstörten Illusionen den Anschein hatte.

Doch noch einmal wurden unsere Augen schreckhaft weit. Dort ... inmitten der roten der Onkel Theodor ...!

Der Onkel Theodor ...? Ihr fragt, wer der Onkel Theodor ist ...? So habt ihr hier wohl noch keine Kirchweih mitgemacht, habt dabei noch nie gesehen und gehört, wie der Onkel Theodor aus Leipzig in gar urkomischer Weise das Bauerntuol unterhielt bis zum grauen Morgen, und daß er keine rechte Kirchweih im Dörflein war, wenn Onkel Theodor fehlte ...?

Und wieder arbeitete unsere jugendliche Phantasie ... hatten die roten den ouden Onkel gefangen ...? Doch vergeblich suchten wir fesselnde Stricke an seinen Händen und klirrende Ketten an seinen Füßen. ...

Und haben uns dann das Herz genommen und haben an des Dorfkafes Saalfenster gelächelt und gelauscht und haben mit gar großer Bewunderung gesehen und gehört, daß es Onkel Theodor war, welcher da gar lange und eindringlich sprach. Viel haben wir davon nicht verstanden und noch viel weniger begriffen, aber darob waren wir uns alle einig, daß es der Herr Pastor auch nicht besser hätte machen können, und uns war die Gewißheit geworden, daß Onkel Theodor auch solch ein Roter sei. Und aller Schreck vor den roten war von uns gewichen, denn wenn der Onkel Theodor solch einer war, so konnte daran so gar übles nicht sein.

Den gleichen Gedanken müssen wohl auch unsere Väter und Brüder gehabt haben, denn nach der Versammlung haben die roten und die Bauern gar gemächlich beieinandergeessen, und dabei ist wohl bei den letzteren so mancher Seifenleder noch aufgegessen. ...

Wir Jungen aber haben dann die roten ein gutes Stück Weges nach dem Bahnhof gebracht und haben dem roten Onkel Theodor gar herzlich die Hände zum Abschied geschüttelt und ihn zur nächsten Kirchweih eingeladen, ganz etnerkel, wenn er auch bis dahin ganz knallrot geworden sei. ... Und wissendes Lächeln umspielte unsere Lippen, wenn in späteren Tagen uns wieder einmal einer wolk mit den Sozialisten schrecken. ...

Die unsere Vertrauensleute und Mitglieder längst erkannt haben, daß mit Resolutionen und Parolen der Arbeiterschaft nicht gedient ist. Und daß Verhaftungen, Verhaftungen am Ruder sind, ist es um die Organisation sehr miserabel bestellt. Darüber besteht aber kein Zweifel, daß alle diejenigen Mitglieder und Vertrauensleute, die diese Spaltungstaktik unterstützen, sich außerhalb der Organisation stellen und sich selbst ausschließen. Deshalb beschließen wir gegen alle Schöninge, die versuchen, die Organisation zu zerstören und einflußlos zu machen. D. Hertwig.

### Ein Arbeiter, der den Unternehmer ausbeutet.

Da einem kleinen Ort war es, als wir einmal ein alter Arbeiter, der mit einem Überflüssigen bekannt war, in einem Gespräch sagte: „Kapitalisten muß es geben, damit sie ausgebeutet werden können.“ Dabei blickte er stolz auf mich herunter, selbstgefällig lächelnd über seine in einem langen Leben gefundene Weisheit. Mir aber wurde plötzlich vieles klar: Darum also schob er, willig Überflüssige über Überflüssige, weil er den Kapitalisten ausbeutet wollte.

Gewiß er wird beim Unternehmer teurer gekommen sein, als wenn der einen von den vielen zur Unfähigkeit verurteilten Erwerbslosen eingestellt und beide acht Stunden beschäftigt hätte. Denn in den langen Nachstunden, die der Alte oft bei der Arbeit war (da ihm der neugewählte Betriebsrat das Handwerk legte) wird wohl wenig geschaffen worden sein und die Hauptbeschäftigung in dem Gewerbe nach dem Verfall der bezahlten Stunden bestanden haben. Doch trotz alledem.

Wie kann es möglich sein, daß heute es noch Menschen gibt, die glauben, sie können dem Unternehmer Schaden durch solche kleinen Schöninge?

Wie ist es möglich, daß der Alte heute noch nicht weiß, daß nur ein Bruchteil des von ihm wirklich geleisteten Wertes ihm als Lohn entgegelt wird, und der Unternehmer kraft seines Rechtes als Besitzer der Produktionsmittel den Löwenanteil als Mehrwert in seine Tasche steckt? Während er also dabei war, sein einziges Gut, seine Arbeitskraft, zu verschleudern, seine Gesundheit zu untergraben, sein geistiges Sein zu verkümmern, damit also ausgebeutet wurde, wie es schrecklicher nicht sein konnte, glaubte er stolz sein zu können auf seine Denkfähigkeit, der es gelang, den Kapitalisten „auszubeuten“.

Wie ist ihm aber all dies einandererlei und ihn einzuweisen bis in andere Reihen, um mit uns gemeinsam zu kämpfen für ein besseres Recht, für die Gleichstellung der Menschen für eine bessere Ordnung, in der nicht der Reizende alles und der Arme nichts hat, hätte ich schwere Arbeit.

Zu tief lag, was ihm von früherer Kindheit an von der Heiligkeit des Privatigentums eingepflanzt worden ist.

Daß das Bestehende nicht richtig, sah er wohl ein, aber daß wir daran rütteln, dem Kapitalisten das Recht auf unsere Beherrschung abzubrechen wollen, ging ihm zu weit.

Man kann ihm das nicht abnehmen. Er war alt geworden und hatte sich seine eigene Weltanschauung gebildet, wie sie seinem einfachen Sinn entsprach, ohne sich um unsere Bewegung zu kümmern. — Doch, wie viele andere gibt es noch, die vielleicht uns sehr nahe stehen und ähnlichen Gedanken nachhängen.

Wir fordern heute Demokratisierung der Wirtschaft und der Betriebe. Verschwinden soll die auf den Besitz der Produktionsmittel sich gründende Autokratie der Unternehmer. Längst hat sich die Wirtschaft und auch die Betriebsführung gewandelt. Der Einzelbetrieb verschwindet mehr und mehr. Kartelle, Konzerne und Trusts beherrschen heute die Wirtschaft, und haben sie zu einer öffentlichen Sache gemacht, die von allen, und vor allem von uns, den als Wirtschaftlichen daran Hauptbeteiligten, geregelt werden muß. Zeigen wir darum immer und immer wieder den uns Fernstehenden, wie ungerecht die heutige Ordnung ist, und wünschen wir sie ein in unsere Reihen. Machen wir allen klar, daß wir niemanden auch nur das geringste von seinem wirklich und ehrlich Erworbenen nehmen wollen. Doch zeigen wir auch allen, daß wir es nie und nimmer dulden, daß den Armen alles genommen wird, daß unser Kampf nicht aufhören wird gegen den Kapitalismus, der immer ungeheuerere Werte zusammenrafft, die ihm nicht gehören; die er stiehlt den Erzeugern, auf Grund eines Rechtes, das kein Recht mehr ist. Das Geschaffen der Dinge zu Zeiten, und unter Verhältnissen, die von den unseren weit, weit verschieden sind.

Doch noch einem anderen Irrtum gilt es entgegenzutreten. Immer und immer wieder wird angenommen, daß es sich bei den Arbeitern und Unternehmern um zwei gleichartige Gruppen handelt, und gefordert, daß man beide mit gleichen Rechten ausstatten müsse.

Gar zu leicht entsteht dann der Glaube, daß fordern wir ein Eingreifen des Staates gegen Gewaltmaßnahmen der Unternehmer, die Gerechtigkeit verleihe würde. Doch, wie steht es denn mit der Gleichartigkeit der Gruppen aus?

Ist es nicht so, daß die Unternehmer durch ihren Besitz der Produktionsmittel einen ungeheuren Vorteil haben, der sich in allen Kämpfen gegen den Arbeiter auswirkt, der bei aller Existenzmittel zur Kapitalisation gezwungen ist, falls er nicht, wie es seine Pflicht ist, durch den Beitritt zur Gewerkschaft sich gedeckt hat?

Also wir sehen, auch hier ist es eine sehr saule Sache mit der angeblichen Gerechtigkeit.

Wir haben keinen Grund mehr, irgendwo beiseite zurückzutreten. Wir sind zu einem Faktor in Staat und Wirtschaft geworden, ohne den alles erliegen muß. Daher ist es unsere Pflicht, tätigen Anteil an allem zu nehmen.

Jeder einzelne muß den Willen zur Macht haben. Den Willen, daß wir mitbestimmen müssen in Staat und Wirtschaft. Nicht nur in belanglosen Ausschüssen, sondern praktisch muß sich unser Recht auswirken durch Bruch der Autokratie der Unternehmer und Führung der Geschäfte im Interesse der Wirtschaftlichen.

Was wir sonst zu erwarten haben, beweisen die fortgesetzten Ausperrungen, beweist der Kampf gegen die Sozialgesetzgebung. Doch erreichen werden wir das Ziel nur, wenn unsere Reihen stark sind und der Wille zur Macht in uns mächtig ist.

Augenblicklich sagen in Paris die Reparationsfachverständigen. Ohne Zweifel werden sie die Sache als internationale Banktransaktion ansehen und das Ende wird die Kommerzialisierung der deutschen Schuld sein.

Das bedeutet, daß in aller Kürze schwere Kämpfe in Deutschland um die Verteilung der Lasten entbrennen werden. Nach unserer Stärke wird es sich richten, wieviel wir zu tragen haben.

Darum Willen zur Macht! Werden und werden wir, bis wir den letzten Mann erlöst haben und er Mitglied ist im Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands!

### Frauenfragen.

#### Eine Arbeiterinnen-Konferenz des Gaus 7

tagte am 3. Februar 1929 im Volkshaus zu Chemnitz mit der Tagesordnung:

1. Sozialpolitik und Arbeiterinnenfragen. Referentin: Kollegin Anna Jammert (Hannover).
2. Die Stellung der Frau in Wirtschafts- und Gesellschaftsleben. Referentin: Kollegin Käthe Schmitz (Hirschberg).
3. Die Frauenagitation im Gau 7. Referentin: Kollegin Jenny Jammert (Leipzig).

Vertreten sind 22 Zahlstellen mit 87 weiblichen und 16 männlichen Delegierten sowie 3 Gäste und 5 Vertreter der Gauleitung und des Gauvorstandes. Den Hauptvorstand vertrat die Kollegin Jammert.

Zu Punkt 1 führt die

Kollegin Jammert (Hannover) im wesentlichen aus: Wenn Sozialpolitik Verhütung und Heilung von Schäden für die arbeitende Klasse erstrebt, so sollen es gerade die Frauen, die bis auf die heutige Zeit den Schädigungen der Erwerbsarbeit und der Ausbeutung am meisten ausgesetzt sind.

Neben der Ausbeutung der Frauen brachte aber der Grabkapitalismus auch die Ausbeutung der Kinder, und zwar in einem solchen Maße, daß der Staat hierin eine Gefahr für sein Bestehen erblickte und sich durch Gesetze dagegen schützte. Seine Maßnahmen waren aber weniger vom sozialpolitischen, als vielmehr vom beherrschungs- und militärpolitischen Standpunkt aus diktiert.

Die Gewerkschaften versuchen in der sozialpolitischen Gesetzgebung den Arbeiterinnen zum Vorkommen zu bringen.

Die Referentin geht auf die in der Vorkriegszeit entstandenen Gesetze ein, die für den Arbeiterinnenstand von Bedeutung sind. Sie zeigt aber auch, wie Behörden und sonstige für den Schutz der Arbeiterschaft geschaffene Instanzen hinfällig werden. Unkenntnis gesetzlicher Bestimmungen bringt die Arbeiterinnen um die Vorteile der Gesetze. Die Gewerkschaften fordern, daß der Staat die vollen Kosten der Mutterschaft und nicht nur die Unterhaltung abnimmt.

Die statistischen Zahlen der Krankenkassen weisen nach, daß der Prozentfuß der weiblichen Erkrankten und auch die Zahl der Krankentage höher ist als bei den Männern.

Referentin wendet sich gegen den Ruf nach Entfernung der verheirateten Frauen aus den Betrieben und warnt vor den aus dem gesetzlichen Zwang entstehenden bösen Folgen. Frauenlöhne sind noch immer ein recht frühes Kapitel und machen die Frau unfreiwillig zum Konkurrenten des Mannes auf dem Arbeitsmarkt. Die Frauen müssen aus ihrer Gleichgültigkeit heraus zur praktischen Mitarbeit gebracht werden.

Zu Punkt 2 referiert Kollegin Schmitz (Hirschberg): Referentin schildert die Stellung der Frau in den Anfangsperioden der Gesellschaft und zeigt, wie sie ihre anfangs führende Rolle — gestützt auf das Mutterrecht — in den Übergangszeiten der Hauswirtschaft bis zur heutigen Industrie-

### Hört, ihr Mehrwertsammler!

Was im Zeichen einer neuen Zeit angestrebt werden soll, das ist nur die angemessene Verteilung des Reizens der Arbeit auf alle Faktoren, die ihn erzeugen helfen.

Gablikbacher Theodor Tobler in „Produktion und Wirtschaft“. Verlag Hans Huber (Bern).

und Profitwirtschaft an den Mann abgeben mußte. Die mit dieser Umstellung verbundene Rechlosigkeit der Frau, die sowohl im Gesellschafts- und Wirtschaftsleben auch heute noch nicht vollständig aufgehoben ist, liegt zum Teil an der Passivität der Frau. Das Minderwertigkeitsgefühl, das in dieser Passivität seinen Ausdruck findet, muß der Mitarbeit und der damit verbundenen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Anerkennung der Frau weichen. Den Beweis, daß die Frau dazu in der Lage ist, hat uns der Weltkrieg gebracht. Wenn aber von 11 1/2 Millionen Werkstätten 680.000 Frauen in der Organisation stehen, ist dies kein erfreuliches Verhältnis. Mitarbeit in den Betriebsvertretungen, in Vertrauensstellungen der Gewerkschaften und im öffentlichen Leben ist Vorbereitung des Aufstiegs. In den Verwaltungskörpern der Krankenkassen, den Versicherungsämtern und auch an den Arbeitsschichten müssen die Frauen mit tätig sein. Die Beschlüsse der Verbandstage in bezug auf Gleichstellung der Frau mit der Männerarbeit, wo sie solche leisten, und Angleichung der Frauenlöhne an die Männerlöhne, müssen zur Durchführung gebracht werden.

In der Diskussion erklärt Kollegin Jammert (Leipzig) Die Schaffung gesetzlicher Bestimmungen, die verheirateten Frauen aus den Betrieben zu entfernen, liegt nicht im Interesse der Arbeiterinnen und der Arbeiterbewegung. Die Entfernung aller verheirateten Frauen ist technisch nicht möglich und es müßten immer wieder Ausnahmegestimmungen geschaffen werden.

Kollegin Fröhlich (Meißen) schildert aus ihrem Betriebe, der Glasbläserei, in welcher großem Ausmaße die Frau in den letzten Jahren an die Stelle des Mannes getreten ist. Die Frau an sich ist nicht indifferent; sie braucht zu ihrer weiteren Entwicklung nur wirtschaftliche Entlastung, um den an sie gestellten Aufgaben gerecht zu werden. Der Frauenschutz muß bis ins Haus ausgebeutet werden.

Kollegin Lehmann (Chemnitz): Frauennarbeit ist nicht mehr auszuweichen, und wenn wir das Interesse für die Gewerkschaften wecken, leisten wir Arbeit für uns selbst.

Benachteiligung der Frau wirkt sich nicht nur in ihrer Entlohnung aus, sondern macht sich auch in Zeiten der Erwerbslosigkeit in ihrem Unterhaltungsbezug fühlbar.

Zu Punkt 3 referiert Kollegin Jammert (Leipzig): Sachsen ist infolge seiner starken Industrialisierung ein reiches Agitationsgebiet, vor allem auch für die Frauen. Die Erfolge, die in der Organisation der Frau erzielt worden sind, gehen in Sachsen schon immer etwas über den Reichsdurchschnitt hinaus.

Die Verbandstage Frankfurt, Leipzig und Hamburg haben sich mit der Entlohnung der Frau in anderen Verträgen beschäftigt und entsprechende Beschlüsse gefaßt. Die Arbeitszeit spielt für die Frauen eine ungleich größere Rolle als für den Mann, weil sie neben ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit auch noch häusliche Dienste verrichten müssen.

Referentin wirft die Frage auf, ob es möglich ist, die Agitation unter den Frauen anders und wirksamer zu gestalten, und schlägt vor, mehr Aktivität der Frauen in der Kleinarbeit im Betriebe, Konferenzen, Verbandstage und Kongresse müssen der Stärke der weiblichen einfließend von Frauen bestritten werden. Auch in dem Verwaltungskörper der einzelnen Zahlstellen muß die Frau vertreten sein. Ja, es muß gefordert werden, daß dies statutär verankert werde. Unsere Bildungstätigkeiten müssen stärker mit Frauen bestritten werden. Erforderlich sei aber, daß bei den Frauen der Wille vorhanden sei, auch solche Mitarbeit zu leisten.

Kollegin Tempel (Freiberg): Der Beschluß des Verbandstages, Frauenkonferenzen abzuhalten, ist außerordentlich begrüßenswert.

Kollegin Rumberger (Dresden) verlangt von der heutigen Konferenz, daß die Gauleitung verpflichtet werde, für einen höheren Lohnanteil der Frau bei künftigen Lohnabschlüssen zu sorgen. Gleichfalls habe sie erwartet, daß auf der heutigen Konferenz eine Frauenagitationskommission gewählt werde.

Kollegin Hüppner (Dresden): Für die Gauleitung sind die Beschlüsse des Verbandstages maßgebend. Die Anregung der Bildung einer Frauenagitationskommission ist verfräht und muß auch in die Beschlußfassung der Verwaltungsstellen eingreifend ausgehen werden. Die Zukunft wird lehren, ob es möglich ist, diese Anregung durchzuführen.

Kollegin Siegmund (Chemnitz) verwahrt sich gegen den Vorwurf, daß die Frauenfrage seitens der Ortsverwaltung nicht genügend Beachtung erfahre. Die heutige Frauenkonferenz soll ein erster Versuch sein, mit den Frauen in engere Fühlung zu kommen, die bisher gefehlt hat.

Kollegin Griesbach (Dresden): Ob die Agitation unter den Frauen systematisch mit den jetzt angewandten Mitteln oder mit anderen betrieben werden soll, hängt von Erfolg der Werbearbeit der kommenden Woche unter den Frauen ab.

Kollegin Jammert (Hannover) bringt in ihrem Schlußwort zum Ausdruck: Die heutige Konferenz kann keine Beschlüsse fassen, die den Gesamtverband binden. Ebenso sei die Konferenz nicht in der Lage, für die Frauen statutäre Sonderrechte zu schaffen. Dies werde auch von den Frauen nicht verlangt.

Die Schaffung eines Frauensekretariats beim Hauptvorstand hat es vermocht, daß wichtige Belange der Arbeiterinnen gemehrt werden können. Die Vorarbeit zu einer Reichskonferenz der Frauen muß in Dankkonferenzen geleistet werden.

Mit dem Wunsch, daß die in Chemnitz tagende Frauenkonferenz ihre Auswirkung auch auf die kommende Verbewoche in Sachfen habe, schließt Kollegin Hüppner die Konferenz nachmittags 4 Uhr. A. Mager, Gauleitungsführer.

### Internationale Arbeiterbewegung.

#### Verbandstag des dänischen Bruderverbandes. Am 10. Februar begann der 19. Kongreß des Dansk Arbejdsmandsforbunds in Kopenhagen

im Arenatheater. Anwesend waren 363 Delegierte und Vorstandsvertreter und 31 Vertreter ausländischer Bruderverbände. Als Vertreter der Fabrikarbeiter-Internationale nahm Jürgens aus Amsterdam und als Vertreter unseres Verbandes der Kollege Rößler vom Hauptvorstand teil.

Das Tagungsort war reich dekoriert. Dem Eintretenden prangte in großen Buchstaben der Spruch entgegen: „Tue deine Pflicht, verlange dein Recht!“

Die Eröffnung vollzieht sich unter Mitwirkung von Musik und Opersängern, Gesängen der Teilnehmer aus dem „Arbeitsmänner Sangbog“. (Unser Bruderverband hat ein eigenes Liederbuch.)

Die Art der Verhandlungen weicht insofern von der unsrigen ab, als man Anträge auf Schluß der Debatte nicht kennt. Daraus erklärt sich auch die längere Dauer.

Einen sehr breiten Raum nimmt die Berichterstattung und die Debatte darüber ein.

Einer der bedeutendsten Punkte des diesmaligen Verbandstages war die Stellung unseres Bruderverbandes zur Landeszentrale.

Bekanntlich hat der große Kampf im Jahre 1925 zu Differenzen unseres Bruderverbandes mit der Landeszentrale (bei uns ADGB) geführt, die eine Trennung im Gefolge hatten. Es ist zu erwarten, daß die diesmaligen Entscheidungen den Wiederanschluß unseres Bruderverbandes herbeiführen. Unser Bruderverband hat als der stärkste Verband unter den dänischen Gewerkschaften große Bedeutung. Für beide Teile ist es nicht gleichgültig, wie die Entscheidung ausfällt. Ferner ist nicht ohne Bedeutung die Vereinigung der Skandinavischen Arbeitsmänner. Die finnischen Transportarbeiter führen einen sehr zähen Kampf um Abschluß eines Tarifes. Dieser Kampf hat fast das ganze verfloßene Jahr gedauert. Im Frühjahr wird er erneut entbrennen, weil die Unternehmer zur Anerkennung des Tarifs im Interesse der dänischen, schwedischen und norwegischen Transportarbeiter gezwungen werden müssen. Hierbei bringen unsere Kameraden sehr große Opfer.

Die Mitgliederbewegung unseres dänischen Bruderverbandes zeigt folgendes Bild:

- 1924 in 411 Zahlstellen 84 947 Mitglieder,
- 1925 in 412 Zahlstellen 85 828 Mitglieder,
- 1926 in 418 Zahlstellen 85 812 Mitglieder,
- 1927 in 422 Zahlstellen 83 915 Mitglieder.

Der Mitgliederstand ist ziemlich stabil, denn der Verband hat alle für ihn zuständigen Arbeitergruppen bis weit zu 95 Prozent erfaßt. Die geringen Schwankungen erklären sich aus der Konjunktur. Diese Stabilität in der Mitgliederzahl verbürgt Erfolge in der Gewerkschaftsarbeit.

Die abgeschlossenen Tariflöhne sind infolge der festen Organisation günstiger als bei uns. Unsere dänischen Kameraden kennen nur den Arbeitsmandsforbund. Eine Zersplitterung in freie, christliche, Hirsche und andere Richtungen ist unbekannt. In der Einheit liegt die Stärke. In dieser Beziehung können wir Deutsche von unseren skandinavischen Kameraden lernen.

Einige Worte zum Kassenbericht. Trotz des großen Kampfes im Jahre 1925, der nicht nur das Vermögen aufzehrt, sondern auch noch eine starke Verschuldung des Verbandes herbeiführte, hatte der Verband am 31. Dezember 1928 bereits wieder ein Vermögen von 4 203 734,69 Kronen. (Eine Krone ist 1,12 Mk.) Die Ursachen der günstigen Vermögenslage dürften darauf zurückzuführen sein, daß der Verband nur männliche Mitglieder hat und die Beiträge höher sind als bei uns. Carl Rößler.

### Gewerkschaftliche Nachrichten.

#### Berufsmäßige Verleumder.

Die Rote Fahne Nr. 39 vom 15. Februar 1929 brachte einen Artikel mit der Überschrift: „Selbst bürgerliche Richter empört der Brudermond des SPD-Betriebsrates.“ Pann wird haarklein auseinandergelegt, wie der von der Firma Geld und Franke in Berlin fristlos entlassene Arbeiter Schielke vor Gericht kostenpflichtig abgemiesen wurde, und zwar nur deshalb, weil der sozialdemokratische Betriebsratsvorsitzende Fröh Sommer sich als Zeuge angeboten und zu ungunsten des entlassenen Arbeiters ausgesagt hat. Eine solche Gemeinheit kann sich natürlich nur ein SPD-Mann leisten.

Am nächsten Tage stand in der Nr. 46 der „Roten Fahne“ vom 16. Februar 1929 zu lesen:

Gesoffe Sommer, der übrigens nicht SPD-Betriebsrat, sondern Mitglied der SPD ist, hat keineswegs eine solche Haltung eingenommen, wie in Schielkes Mitteilungen wahrheitswidrig behauptet wird. Da uns Schielke andererseits wiederholt seit vier Jahren gute Berichte über Betriebsangelegenheiten brachte, hatten wir keinen Grund, an seinen Angaben zu zweifeln. In dem vorliegenden Falle hat er uns aber getäuscht, wobei wir den Fehler begingen, nicht, wie sonst in allen Fällen, eine von uns streng gehandhabte Prüfung jeder Arbeiterkorrespondenz vor dem Abdruck besonders durchzuführen. Offenbar handelte es sich hier um einen Streich, den Schielke dem

# Die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Fabrikarbeiter-Verband Anfang Februar 1929.

Konjunkturrückgang und harter Winterfrost haben zusammen gewirkt, um die Arbeitslosigkeit in Deutschland außerordentlich zu steigern. Nach den Berichten der Arbeitsnachweise übertritt gegenwärtig die Zahl der Arbeitslosen bei weitem die Zahl des Risikowinters 1928.

In den öffentlichen Arbeitsnachweisen waren vorhanden:

Ende Januar 1928	2 495 257 Arbeitslosende
Ende Januar 1927	2 536 309
Ende Januar 1928	2 012 212
Ende Januar 1929	aber 3 000 000 (geschätzt)

Die Tatsache, daß über 3 000 000 Menschen in Deutschland arbeitslos sind, kennzeichnet den Zustand der deutschen Wirtschaft weit besser als die vielen Tabellen, mit denen der Reparationsagent in seinem Bericht das wirtschaftliche Wohlergehen des deutschen Volkes zu erweisen versucht.

Zahl der unterstützten Risikowinterunterstützten Insgesamt

Ende	unterstützten Erwerbslosen	Risikowinterunterstützten	Insgesamt
Januar 1928	1 533 000	215 000	1 548 000
Juli 1928	564 000	82 900	646 900
Oktober 1928	671 000	93 000	764 000
November 1928	1 030 000	108 100	1 138 100
Dezember 1928	1 702 000	127 400	1 829 400
Januar 1929	2 220 000	145 000	2 365 000

Gegenüber dem Vorjahr liegt die Zahl der aus öffentlichen Mitteln unterstützten Erwerbslosen um zirka 800 000 höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Nach der Statistik des ADGB:

waren arbeitslos Ende Januar 1928 11,4 v. H. der Mitglieder, Ende Januar 1929 jedoch 19,4 v. H. Diese Steigerung der Arbeitslosigkeit ist aber nur zum geringen Teil auf die Verschlechterung der Konjunktur zurückzuführen, zum größeren Teil auf die Auswirkungen des außerordentlich harten Winters. In den Industrie-Gruppen, die nicht von Witterungs- und Saisoninflüssen beeinflusst sind, ist die Steigerung der Arbeitslosigkeit nicht sehr erheblich.

Die Arbeitslosigkeit im Fabrikarbeiterverband hat unter dem Einfluß der Tendenzen, die in der deutschen Wirtschaft wirksam sind, ebenfalls eine weitere Erhöhung erfahren. Von der Arbeitslosenstatistik unseres Verbandes für Anfang Februar 1929 wurden insgesamt 453 151 oder 95 Prozent der Verbandsmittelglieder erfasst. 58 Arbeitsstellen mit zirka 22 000 Mitgliedern fehlten in der Vertriebsstatistik unseres Verbandes für Anfang Februar 1929 wurden insgesamt 453 151 oder 95 Prozent der Verbandsmittelglieder erfasst. 58 Arbeitsstellen mit zirka 22 000 Mitgliedern fehlten in der Vertriebsstatistik unseres Verbandes für Anfang Februar 1929 wurden insgesamt 453 151 oder 95 Prozent der Verbandsmittelglieder erfasst.

Wie sich der Beschäftigungsgrad in den einzelnen Industrie-Gruppen unserer Organisation gestaltet, geht aus der folgenden Übersicht hervor:

Von je 100 Mitgliedern

	waren arbeitslos			arbeiteten verkürzt								
	Ende Dezember 1928	Ende Januar 1929		Ende Dezember 1928	Ende Januar 1929							
	männl.	weibl.	insgef.	männl.	weibl.	insgef.						
Verband der Fabrikarbeiter insgesamt:	14,6	12,6	14,1	11,0	13,2	15,9	8,2	6,9	4,0	4,9	8,5	8,7
In der Industrie-Gruppe:												
Chemische Industrie	6,8	10,7	7,7	7,6	11,4	8,5	8,0	8,8	4,8	3,7	8,7	4,9
Papier-Industrie	4,5	5,6	4,7	4,8	6,0	5,1	1,1	3,0	1,5	2,2	7,5	3,5
Nahrungsmittel-Industrie	10,9	16,5	12,9	13,5	16,5	14,8	0,9	1,7	1,1	2,7	2,1	2,6
Spielwaren-, Blumen-Industrie	24,1	17,1	20,4	30,8	17,2	23,4	12,7	17,8	15,1	18,1	18,7	18,4
Sonstige Industrien	20,3	18,9	18,9	24,2	14,1	21,9	1,7	2,8	2,1	8,4	6,1	4,3
Keramischer Bund insgesamt:	21,7	14,5	20,8	25,4	15,2	23,5	3,8	6,8	4,4	6,6	9,9	7,8
a) Porzellan-Industrie	12,5	9,3	11,2	12,4	9,6	11,3	12,4	9,8	11,4	18,4	14,8	17,0
b) Glas-Industrie	13,9	11,2	13,5	13,3	10,8	12,9	2,6	6,7	3,2	8,5	6,6	8,0
c) Grobkeramik und Baustoffe	29,3	26,6	29,9	36,7	28,5	35,7	1,4	1,1	1,4	4,1	3,5	4,2

Die Steigerung der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Industrie-Gruppen ist sehr ungleich. Sie ist verhältnismäßig gering in der chemischen und in der Papierindustrie (gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres in beiden Industrien um 1,7 v. H. höher). Die Steigerung ist stärker in der Nahrungsmittel- und in der Spielwarenindustrie. In der feinkeramischen und in der Glasindustrie ist sogar eine kleine Senkung eingetreten. In der Gruppe Grobkeramik und Baustoffindustrie, die sehr stark von der Jahreszeit und vom Wetter abhängig ist, liegt die Arbeitslosigkeit erheblich. Dort sind gegenwärtig 40 v. H. der Verbandsmittelglieder von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit betroffen.

Nach der geographischen Verteilung der Arbeitslosigkeit stehen am höchsten: Pommern mit 32,8, Ostpreußen mit 24,9,

rechtes Rheinland und Westfalen mit 21,1, links Rheinfland mit 20,0 v. H., alles Bezirke, in denen die Baustoffindustrie eine große Rolle spielt. Den niedrigsten Prozentsatz an Arbeitslosen hat Württemberg mit 11,5 v. H. (aber hohe Kurzarbeiterzahlen: 17,5), Hannover mit 11,8 und Provinz Sachsen mit Anhalt 11,9 v. H. (aber niedrige Kurzarbeiterzahlen). Bemerkenswert ist die hohe Arbeitslosigkeit in der feinkeramischen Industrie Mitteldeutschlands, während sie in Bayern, Freistaat Sachsen, teilweise auch in Schlesien erheblich unter dem Durchschnitt liegt. In der Glasindustrie ist der Beschäftigungsgrad günstig. In Thüringen, Hannover, Brandenburg, Südbayern. In den übrigen Bezirken liegt die Arbeitslosigkeit erheblich über dem Durchschnitt.

nach nicht wieder zugelassen werden. Wir bitten deshalb diese Kolleginnen und Kollegen, eine Bewerbung nicht einzureichen.

Jeder Bewerber hat anzugeben, welcher Zeitpunkt für seine Kurzustellung für ihn in Frage kommt. Wenn möglich, ist auch ein zweiter Vorschlag zu machen, damit, wenn der erste Vorschlag wegen Überfüllung des Kurzus nicht berücksichtigt werden kann, eine anderweitige Zuteilung erfolgen kann.

Die Kurzustellnehmer erhalten:

1. Die Verpflegung 80 Prozent, die Ledigen 40 Prozent ihres Arbeitsverdienstes;
2. Fahrgehalt 3. Klasse vom Wohnort nach Hannover und zurück sowie 8 Mark für einen ganzen, 4 Mark für einen halben Reisezeit;
3. freies Unterkommen und freie Verpflegung im Schulheim sowie ein tägliches Taschengeld von 1,50 Mark.

Die Berechnung der Entschädigung erfolgt auf Grund der letzten vier Lohnzettel und des Verbandsbeitrages.

Die Zustellungsverwaltungen haben die Bewerbung zu prüfen und mit einem Gutachten an die Verwaltung bis zum 16. März 1929 weiterzugeben.

Die Bewerbungen müssen die Bewerbungen mit einem Ergänzungsgutachten einreichend dem Formularbogen an den Hauptvorstand bis zum 27. März 1929 senden.

Die frühzeitig Bewerber, die nicht zum Zuge gekommen sind, müssen eine neue Bewerbung bei ihrer Zustelle einreichen. Es ist zu bemerken, daß es sich um eine Wiederholung handelt.

## Meldungen zum Fernunterricht zwecks späterer Teilnahme an den Lehrgängen der Arbeiterhochschulen.

Die Zulassung zu den Lehrgängen an der Arbeiter-Akademie und an den Wirtschaftsschulen Berlin und Düsseldorf legt die vorherige Teilnahme am Fernunterricht voraus. Der Vorstand ersucht deshalb die Kolleginnen und Kollegen, ihre Bewerbungen zur Teilnahme am Fernunterricht bis zum 9. März 1929 beim Hauptvorstand einzureichen.

Die Bewerbungen müssen handschriftlich und selbst verfaßt sein. Sie müssen enthalten: eine Abhandlung über den Lebenslauf, nähere Angaben über den bisherigen Bildungsgang sowie über die bisherige Betätigung in der Arbeiterbewegung und Probearbeiten über folgende Themen:

1. Die Organisation meines Betriebes. (Technische Beschreibung, Beschreibung der speziellen Betriebsart, die des Betriebes; Produktionsorganisation; Arbeitsorganisation; Absatzorganisation; Verflechtungen mit anderen Betriebsunternehmungen; Funktionen der Gewerkschaft und Betriebsrat innerhalb des Betriebes; die im Betrieb angewandten Lohnformen; Wohlfahrts-Einrichtungen und sonstige Maßnahmen.)
2. Das Verhältnis von Gewerkschaft und Betriebsrat nach dem Betriebsratsgesetz.

Für den Fernunterricht werden den Beteiligten Zuschüsse zur Wiederbeschaffung nicht gewährt.

Diejenigen, welche infolge ihrer Leistungen später zur Schule zugelassen werden, erhalten während des Lehrganges für sich und ihre Angehörigen eine entsprechende Entschädigung.

Die Bewerber sollen in der Regel das 35. Lebensjahr nicht überschritten haben und mindestens drei Jahre Mitglied des Verbandes sein.

Im Antragsformular zu vermeiden, sei von vornherein betont, daß den Besuchern der Schulen keinerlei Anrecht auf eine Anstellung in der Gewerkschaft gewährleistet werden kann.

## Angekündigten

an Grund des § 14 Ziffer 3a des Statuts wurden das Mitglied der Jahressitzung, Fritz Juchel, Mitgliedskarte Nr. 677 106, das Mitglied der Jahressitzung, Hermann Trübel, Mitgliedskarte Nr. 277 612, nach dem Tode der Ehefrau

Paris a. d. Office, Max Geyer, Buchnummer 8 II 709 807, eingetreten am 7. 9. 1924, auf Grund des § 14, Ziffer 3a.

## Die Verwaltungsstelle Stuttgart

sucht zum baldigen Antritt einen tüchtigen Agitationsleiter,

der insbesondere die Ziegel- und die chemische Industrie zu bearbeiten hat.

Selbstgeschriebene Arbeiten sind einzureichen über folgende Fragen:

1. Lebenslauf und bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung.
2. Wie ist die Agitation am erfolgreichsten in den obenbenannten Branchen zu betreiben.

Bedingungen: Achtjährige freigewerkschaftliche Organisationszugehörigkeit, davon die letzten drei Jahre zu unserer Organisation. Kenntnis der Sozialgesetzgebung, des Arbeiterrechtes und des Betriebsratsgesetzes, gute rednerische Befähigung.

Das Gehalt regelt sich nach dem Gehaltsregulativ.

Bewerbungsschreiben mit der Aufschrift "Bewerbung" sind bis einschließlich 16. März d. J. einzureichen an: Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Verwaltungsstelle Stuttgart, Eßlinger Str. 19, 1. Stock. (10,50 Mk.)

## Die Zahlstelle Gera und Umgebung

sucht zum 1. April einen Lokalbeamten,

welcher in der Hauptsache die recht umfangreichen Kassengeschäfte zu erledigen hat. Rednerische Befähigung ist zwecks Mitwirkung bei der Agitation unerlässlich. Bewerber haben unter Beifügung einer Abhandlung über ihren Lebenslauf eine Arbeit über "Die kassenrechtliche Verwaltung einer Bezirkszahlstelle" bis zum 12. März an den Leiter P. Schneider, Erfurt-Nord, Poststraße 107, einzureichen. (6,- Mk.)

## Literarisches.

"Menschen der Zukunft" von Professor Dr. Julius Schögel. Eleganter Halbleinen-Einband mit neun Illustrationen von Künstlerhand. Preis 1,20 Mk. Gerade zur rechten Zeit, noch vor der Jugendweihe - dem Tag, an dem junge Menschen die Schule verlassen und in die Gemeinschaft der Erwachsenen aufgenommen werden - erscheint im Einvernehmen mit Organisationen der freigeistigen Bewegung aus der Feder des bekannten Jenaer Biologen und Kulturpolitikers Prof. Dr. Julius Schögel das sehr inhaltreiche und merkwürdige Werk "Menschen der Zukunft". Eine Arbeiter-Reisezeitung. Zur Pflege und Vertiefung dieser Arbeiter-Reise-Kultur ist die unter dem Titel "Reiseblätter des Reichsanstiftes für sozialistische Bildungsarbeit" herausgegebene Reisezeitung bestimmt. Sie ist reich illustriert und bringt in jeder Nummer Beiträge namhafter Mitarbeiter über alle Gebiete des Reisens und Schwanens. Die erste Nummer des Jahrganges 1929 enthält u. a. folgende Beiträge: Prof. Anna Siemsen "Reisen auf wol." - Max Barthel "Unbekanntes Deutschland" - Dr. Sieber "Sollen wir Trüben und Schöffer besuchen?" - Dr. Färber "Der göttliche Wankel" - Herbert Riedemann "Marjelle, die Brücke zum Orient" - W. Hanth "Mit dem Reichsanstift in die Welt", daneben Vorschläge für Reisen und wertvolle Informationen. Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich und kostet für das ganze Jahr 1,20 Mk. einschließlich Versandporto. Probenummern werden mamentlich abgegeben. Bestellungen sind an den Reichsanstift für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, zu richten; von diesem kann auch der reich illustrierte Reiseprospekt für 1929, unter Beifügung von 20 Pf. in Briefmarken, bezogen werden.

Gesellen Sommer, mit dem er wegen gewerkschaftlicher Differenzen verfeindet ist, spielen wollte. Wir wurden infolge der falschen Darstellung zu der irrigen Auffassung veranlaßt, daß es sich hier um einen SPD.-Betriebsrat handelte. Im übrigen ist bekannt, daß die arbeiterfeindliche Politik, wie sie von den Führern der SPD. getrieben wird, solche Auswirkungen in der Praxis sozialdemokratischer Betriebsräte nicht nur ermöglicht, sondern geradezu herbeiführt."

Also ohne zu wissen, ob Sommer überhaupt politisch organisiert ist, behauptet der Charaktermensch von der "Roten Fahne" einfach, Sommer ist SPD.-Mitglied. Da muß es ihm passieren, daß Sommer SPD.-Mitglied ist. Da darf man wohl fragen: War jetzt der bürgerliche Richter auch empfindlicher über den Brudermord des SPD.-Betriebsrates?

Wer der Verleumder von der "Roten Fahne" entschuldigt sich nicht etwa wegen seiner Verleumdung der SPD., sondern er überläßt seine niedrige Handlungsweise vom Tage vorher noch, wenn er schreit, die SPD.-Politik führe eine solche Praxis herbei, wie sie der SPD.-Sommer geübt habe.

Was müssen das doch für Subjekte sein, die so tief im Schmutz der berufsmäßigen Verleumdung sitzen, daß ihnen das sie selbst Entwürdigende ihrer Handlungsweise gar nicht mehr zum Bewußtsein kommt, und statt sich zu entschuldigen, den Beleidigten noch mit Dreck bewerfen. Jawohl, "Die Rote Fahne" ist das Zentralorgan gegen anständige Menschen.

## Gegen das Ungezieler der Arbeiterbewegung.

Während der politischen Revolution 1918 ist das in den Großstädten versteckt gewesene Gesindel an die Oberfläche gekommen. Auch heute noch ist es tätig an führender Stelle in der SPD. Von diesem Bodensatz der menschlichen Gesellschaft sagen schon Marx und Engels im "Kommunistischen Manifest":

"Das Lumpenproletariat, diese passive Verkaufung der untersten Schichten der alten Gesellschaft, wird durch eine proletarische Revolution stellenweise in die Bewegung hineingeschleudert, seiner ganzen Lebenslage nach wird es bereitwilliger sein, sich zu reaktionären Umtrieben erkaufen zu lassen."

Diese Sorte von Menschen sammelt sich heute als politische und gewerkschaftliche Brigantennum. Die kommunistische Presse, die kommunistischen Betriebszeitungen, "Der Rote Fabrikarbeiter", "Der Rote Glasmacher", und allerlei sonstige Schmutzblätter dieses Geschlechtes, überbieten sich in der Beschimpfung und Verleumdung unserer Verbandsfunktionäre und Verbandsfunktionäre. Was da an Niederigkeit, Verlogenheit und Gemeinheit geleistet wird, ist unerhörte. Die Organisationsgewinnung ungenügend, wenn sie sich dieses Ungezielers entledigen, das die Interessen des Kapitalismus wahrnimmt.

Auch in Färth in Bayern geht die skandalöse Hege gegen alle Verbandsfunktionäre, die nicht mit kommunistischer Charakterlosigkeit ausgestattet sind. Insbesondere gegen den Geschäftsführer unserer dortigen Zahlstelle, den Kollegen Fischer, gießen sie seit längerer Zeit ihre ekelhaften Schmutzkebel aus. Der Kollege Fischer erträgt mit vielem Gleichmut die Anwürfe dieser "Politiker", weil er sie kennt und weiß, daß man kranken Menschen vieles nachsehen muß. Nun schlägt er aber doch einmal aus, weil die Würchen gar zu dreist werden. Der Kollege Fischer macht es kurz. Er bringt lediglich folgende

## Feststellung.

Die Nr. 40 der kommunistischen "Nordbayerischen Volkszeitung" bringt auf der ersten Seite in großer Aufmachung einen Artikel, der sich auch mit meiner Person befaßt. Ich habe darauf nichts zu erwidern, denn ich kenne die Weise und den Text. Ich will nur feststellen, daß der Führer der hiesigen Kommunisten, Herr Anton Hausladen, schon des öfteren, während seiner Betriebsratsfähigkeit in der Rheinisch-Westfälischen Sprengstoff-A.G., mit der Cheffe des Herrn Direktors Späth von den Lohnverhandlungen nach Hause gefahren ist.

Ich stelle fest, daß die Gemahlin des Herrn "revolutionären Betriebsrates" ihrem Unternehmer einen Blumenstrauß aus ihrem Garten überreichte. Warum?

Ich stelle fest, daß mich der Betriebsrat in der Klagesache Kugler - Bayerische Spiegelfabriken belogen hat, und daß ich deswegen die Klage nicht mehr vertrat.

Das dürfte vorerst wohl genügen, um allen Mitgliedern die Augen zu öffnen. Hans Fischer, Färth i. Bayern.

## Verbandsnachrichten.

### Bewerbungen zu den 47.-53. Bildungskursen für unsere Verbandsmitglieder.

In Fortsetzung der bisher abgehaltenen Kurse hat der Hauptvorstand beschlossen, im Schulheim in Weimigen weitere Kurse abzuhalten. Die sind:

- 2. Halbjahr 1929:
- vom 23. Juli bis 10. August,
- vom 18. August bis 31. August,
- vom 8. September bis 21. September,
- vom 29. September bis 12. Oktober,
- vom 20. Oktober bis 2. November,
- vom 10. November bis 23. November,
- vom 1. Dezember bis 14. Dezember.

In jedem dieser Kurse werden folgende Vortragsheften behandelt:

Verfassung und Kassengesetz, Betriebsratsgesetz und Arbeitsrecht, Arbeitsvertrag nach Gewerbeordnung und Bürgerlichem Zivilrecht, Arbeitsgerichtsverfahren und Zwangsversteigerung, Geschichte und Theorie der Gewerkschaften, Einführung in die Volkswirtschaft, Gewerkschaftsorganisation. Die Kolleginnen und Kollegen werden aufgefordert, selbstgeschriebene Bewerbungen bis zum 3. März 1929 bei den zuständigen Zustellungsverwaltungen einzureichen. Die Bewerbungen müssen einen Lebenslauf enthalten, aus dem das Lebensalter zu ersehen ist sowie die Dauer der Mitgliedschaft im Fabrikarbeiterverband und evtl. frühere Mitgliedschaften, die Tätigkeit im Verband und in der Arbeiterbewegung sowie die gegenwärtigen Funktionen. Ferner sind Angaben über die Teilnahme an Arbeitskursen oder sonstigen Bildungsanstaltungen zu machen. Falls der Bewerber bisher an keinem solchen Lehrgang teilgenommen hat, ist dies kurz zu begründen. Wer an einem vom Hauptvorstand abgehaltenen Kurs, auch Wanderkurs, schon teilgenommen hat, kann vorerst

## Aus der Industrie

### Lohn- und Tariffbewegungen, Streiks und Aussperrungen.

#### Erster Tarifkonflikt in der Zementindustrie.

Seit Jahren erstreben die organisierten Zementarbeiter angemessene und einheitliche Arbeitsbedingungen. Gegen beides wehren sich die Zementindustriellen. Noch heute wird in dieser Industrie wöchentlich 72 bis 84 Stunden und zum Teil darüber gearbeitet. Solche Zustände möchten die Unternehmer verewigen.

Trotzdem die Zementindustrie überaus stark kartelliert und syndiziert ist, trotzdem sie zu den am besten florierenden Industrien gehört und in den letzten Jahren Riesengewinne erzielt hat, will sie der Arbeiterschaft in keiner Weise entgegenkommen. Im Gegenteil, die Zementindustrie wendet riesenhafte Mittel auf, um die Arbeiter rechtlos zu machen. Die Organisationen sollen vernichtet werden und zu diesem Zweck gründet die Zementindustrie überall Werkvereine und läßt sich die Sache etwas kosten.

Die Zementindustriellen regeln Preis und Produktion von einer Stelle aus dem Deutschen Zementbund, der auch bestimmt, welche Werke arbeiten sollen. Jedes Werk ist verpflichtet, die Produktion anderer Werke mit zu übernehmen.

Durch derartige Bestimmungen ist die Zementarbeiterschaft unter den jetzigen Tarifverhältnissen dem Unternehmerkum völlig ausgeliefert. Die Unternehmer haben es in der Hand, in denen Betrieben oder Bezirken, in denen sich die Arbeiterschaft nicht alles gefallen lassen will, die Produktion nach einem anderen Werk oder Bezirk zu verlegen und die Arbeiterschaft auszuhungern.

Diese Zustände will die Zementarbeiterschaft nicht länger ertragen und hat die bestehenden Orts- und Bezirksverträge aufgekündigt, um zu einem einheitlichen Tarifvertrag zu kommen, der die hier gerügten Mängel beseitigt.

Bisher lehnte die Zementindustrie jegliches Verhandeln auf einheitlicher Grundlage ab. Der Deutsche Zementbund will zu solchen Verhandlungen nicht legitimiert sein; auch die Vermittlung des Reichsarbeitsministeriums wird abgelehnt.

Um jedoch den Frieden in der Zementindustrie zu erhalten, haben die beteiligten Arbeitnehmerorganisationen der Zementindustrie folgenden Vorschlag unterbreitet:

1. Sämtliche zur Zeit schwebenden Tariffreitigkeiten der Zementindustrie werden im neutralen Schiedsgerichtsverfahren erledigt.
2. Das Schiedsgericht setzt sich aus drei Schiedsrichtern zusammen. Den Vorsitzenden ernannt der Reichsarbeitsminister; die beiden Parteien je einen Beisitzer.
3. Die Verhandlungskommission besteht aus je fünf Vertretern. Für den einzelnen Fall ist es den Parteien überlassen, einen dieser Vertreter auszuwechseln.
4. Müßlingt der Versuch des Schiedsgerichts, eine Einigung herbeizuführen, so fällt das Schiedsgericht einen Spruch. Ist dieser Spruch einstimmig, so gilt er für beide Parteien als verbindlich. Ist der Spruch mit Mehrheit zustande gekommen, so entscheiden die Parteien innerhalb 24 Stunden über Annahme oder Ablehnung des Spruches. Auf Antrag der annehmenden Partei entscheidet die zuständige amtliche Stelle über die Verbindlichkeit des Spruches. Der Antrag auf Verbindlichkeit muß innerhalb drei Tagen gestellt werden.

Mit diesen Vorschlägen glaubt die organisierte Zementarbeiterschaft zu bekunden, daß sie den ernsthaften Willen hat, in schiedlich-friedlicher Weise die drohenden Konfliktgefahren zu beheben. Sind die Unternehmer von gleichem Willen befeelt, so kann ein Kampf vermieden werden.

### Chemische Industrie

#### Zwei Tote in Piesferth — was nun?

In der Phosphorsäureanlage der J.-G. Farbenindustrie in Piesferth, die sich auf dem Grundstück der Bayerischen Stickstoffwerke befindet, sind am 12. Februar zwei Arbeiter beim Reinigen eines Cokrells durch ausströmende Gase zu Tode gekommen, wie wir in der letzten Nummer des „Proletariats“ bereits berichtet haben. Als der Unglücksfall bemerkt wurde, versuchten der Meister und der Postenmann unter Benutzung von Gasmasken die beiden zu retten. Sie brachen aber trotz der Gasmasken ebenfalls bewußlos zusammen. Zwei anderen zu Hilfe eilenden Arbeitern erging es nicht besser. Die vier Verunglückten konnten durch einen tapferen Feuerwehrmann geborgen und dann ins Leben zurückgerufen werden. Der Feuerwehrmann, selbst mußte jedoch auch bewußlos fortgeschafft werden. Nach großer Mühe gelang es endlich, die beiden zuerst Verunglückten fortzuschaffen; es war aber bereits zu spät, der Tod war bei beiden schon eingetreten.

Dieser gräßliche Unglücksfall muß folgenden Ursachen gegenübergestellt werden. In der Phosphorsäureanlage werden ausländische Phosphate mit Kohle und Splitt vermischt in elektrischen Öfen auf Phosphor reduziert. Der Phosphor wird in Dampfform ausgeföhren und in den erwähnten Cokrells von anderen Gasverunreinigungen gereinigt. Der Phosphor wird dann in flüssigem Zustande in Kesseln aufgefangen, von dort in Vorratsbehälter der Phosphorsäurefabrik gedrückt und nach Bedarf in dieser Anlage mit Luft auf Phosphorsäure verbrannt. Die technischen Einrichtungen der Fabrik sind gut. Wie aber in allen Fabriken der chemischen Industrie läßt sich eine absolut gasdichte Apparatur nicht herstellen. Es entweichen aber auch beim Abziehen der Schlacke und

bei anderen Vorgängen schädliche Dämpfe, die in erhöhtem Maße auftreten, wenn unvermeidliche, unvorhergesehene Störungen bei der Produktion eintreten.

Daß Phosphor einer der gefährlichsten Gifte ist, ist allgemein bekannt. Daß bei der Herstellung des Phosphors schädliche Gase, wie Kohlenoxyd entstehen und entweichen, kann nicht bestritten werden. Daß in der chemischen Industrie ganz allgemein schädliche Stoffe entstehen, die der Betriebsleitung häufig nicht bekannt sind und meist erst durch Unglücksfälle die Aufmerksamkeit auf sich ziehen, ist von uns immer wieder betont und nachgewiesen worden.

Auf Grund dieser besonderen Gefahren haben die Arbeiter der Phosphorsäurefabrik eine Gefahrenzulage verlangt, wie sie im § 7 des Reichsrahmenvertrages für die chemische Industrie vorgesehen ist. Die Unternehmer haben die Gefahrenzulage auf den lächerlich geringen Satz von 2 Pfennig pro Stunde zugestanden und erklärt, daß auch dieser Satz zu hoch gegriffen ist, weil — nach Auffassung der Unternehmer — Gefahren tatsächlich nicht vorhanden sein sollen.

Bei den Verhandlungen war bereits bekannt, daß im März vorigen Jahres ein Arbeiter beim Abfällen flüssigen Phosphors tödlich verunglückt war. Dieser Fall wurde auf unvorhergesehene, nicht festzustellende Ursachen zurückgeführt. Eine Wiederholung sollte ausgeschlossen sein. Im übrigen ist nach Ansicht der Unternehmer jede Gefahr in der Phosphor-



Tragen freihängender Schleifen, Bänder, Halstrümpfe mit flatternden Enden und dergleichen ist verboten!

fabrik ausgeschlossen, weil etwa entweichende Phosphordämpfe sofort an der Luft zu Phosphorsäure verbrannt und dadurch unschädlich werden. Nach dieser Ansicht sollen auch Kohlenoxydgase die Arbeiter unter keinen Umständen schädigen können, weil sie an den Austrittsstellen sofort in Brand geraten und zur unschädlichen Kohlenäure verbrennen. Wir haben uns gegen die Auffassung immer gewendet und dargelegt, daß alle chemischen Fabriken von der Regierung als Sanatorien erklärt werden müßten, wenn die Auffassung der Unternehmer richtig wäre. Sie ist aber nicht richtig, dient vielmehr nur dazu, die Öffentlichkeit über die Gefahren der chemischen Industrie hinwegzutäuschen und die Chemiewerker um ein paar Pfennige Lohn zu prellen.

Im Falle der Gefahrenzulage in der Phosphorsäurefabrik Piesferth hat der Schlichtungsausschuß der chemischen Industrie einen Spruch nicht fällen können, weil die Arbeitnehmervertreter die Gefahrenzulage von 2 Pf. pro Stunde als zu niedrig erachteten und die Unternehmer den Standpunkt vertraten, selbst diese 2 Pf. wären unberechtigt, weil Phosphorsäurefabriken für die Arbeiter unschädlich sind. Die Arbeiter selbst haben ihre höheren Forderungen energisch verteidigt, bis die Firma dazu überging, Prämien einzuführen. Dadurch wurde ein Teil der Arbeiter zufriedengestellt, während andere ihre Forderungen fallen ließen in der sicheren Erwartung, von allen Prämienzulagen ausgeschlossen zu werden, wenn sie an ihrer gerechten Forderung festhalten würden. Durch Einführung von Prämienzuschlägen sind die Gefahren in diesem gefährlichen Betrieb noch erhöht worden.

Die bekanntgewordenen Untersuchungsergebnisse über den Unglücksfall beweisen, daß die Unternehmer im Unrecht sind, wenn sie besondere Gefahren in dieser Fabrik bestreiten. Dagegen ist unsere Auffassung wieder einmal bestätigt worden, daß in allen chemischen Fabriken Gefahren vorhanden sind, die selbst der Betriebsleitung und den Chemikern unbekannt bleiben, bis neue Todesopfer die Tatsache feststellen.

Welche Gase das Unglück verursacht haben, steht „angeblich“ noch nicht fest. In der chemischen Industrie können „angeblich“ die meisten Unglücksfälle in ihren Ursachen nicht erkannt werden. Wir haben früher schon einmal auf das Beschämende dieser Tatsache hingewiesen, da angeblich die deutschen Chemiker auf sehr hoher Warte der Erkenntnis stehen. Sonderbarerweise versagt aber diese Erkenntnis fast regelmäßig bei Unglücksfällen. Über die Wirkung der Gase in Piesferth sollen die Chemiker aber nicht gewußt haben; sie sollen nicht einmal haben feststellen können, um was für Gase es sich handelt. Nach uns gewordenen Mitteilungen sind Versuche an Mäusen für diese Tiere nach ganz kurzer Zeit tödlich verlaufen.

Wir wollen in diesem Falle den Faden heute nicht weiter spinnen. Wir werfen vielmehr die bestimmteste Frage auf, ob die Arbeitgeber der gesamten chemischen Industrie und speziell in vorliegendem Falle es mit ihrem Gewissen verein-

baren können, der Öffentlichkeit vorzureden, daß auch der Phosphorbetrieb besondere Gefahren für die Arbeiter nicht in sich birgt. Zu einer solchen Einstellung gehört wirklich ein weltes Gewissen. Oder werden solche Ansichten von den Herren nur dann geduldet, wenn den Arbeitern ein paar Pfennige Lohn vorenthalten werden sollen?

Wir müssen aber auch fragen: Was soll nun geschehen? Wenn die Unternehmer alle Gefahren in der chemischen Industrie zu verschleiern suchen, müssen die Aufsichtszorgane und die Regierungen für weitestgehende Aufklärung der Arbeiter und damit für den Schutz der Arbeiter Sorge tragen. Durch solche Maßnahmen wird der Profit der Chemieherren sicher nicht geschmälert. Es müssen aber auch für die Zukunft solche angeblich unvorhergesehenen Todesfälle verhindert werden. Das wird zu einem erheblichen Teil dadurch zu erreichen sein, daß in allen Produktionsbetrieben der chemischen Industrie Akkord- und Prämienarbeit, die ja eine Leistungssteigerung mit sich bringt und die Aufmerksamkeit der Arbeiter he... ändert, und jede Überarbeit über 8 Stunden hinaus verboten werden, soweit es sich nicht um Arbeiten für die Aufrechterhaltung des Betriebes handelt. Die dauernden Menschenopfer in der chemischen Industrie sind nicht länger zu ertragen.

### Ausdehnungsbestrebungen der Firma Henkel & Co., Düsseldorf?

Die Firma Henkel & Co., G. m. b. H., in Düsseldorf, die bekannte Herstellerin weltverbreiteter Waschmittel und Seifenpulver, hat am 15. Januar 1929 unter dem Namen „Henkel-Aktien-Gesellschaft, Hanau“ eine neue Firma in das Handelsregister des Amtsgerichts Hanau eintragen lassen. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von chemischen Fabriken aller Art, von Fabriken zur Fabrikation von Seife, Seifenpulver und ähnlichen Produkten sowie der Handel in den für die Fabrikation benötigten Rohstoffen und in chemischen Produkten aller Art, ferner die Vorfabrikation an anderen gleichen oder ähnlichen Zwecken dienenden Unternehmungen und Verbänden und die Herstellung der für die Fabrikation benötigten Rohstoffe.

Das Grundkapital der neuen Gesellschaft beträgt 5 Millionen Mark. Geschäftsführer sind der Kaufmann Dr. h. c. Fritz Henkel und der Chemiker und Fabrikant Dr. Hugo Henkel, beide in Düsseldorf.

Es ist möglich, daß die Firma Berührungspunkte mit den Herstellern von Grundstoffen, mit der chemischen Großindustrie, anstrebt. Sie sind zum Teil schon gegeben, denn der Seniorchef der Firma Henkel, Herr Kommerzienrat Fritz Henkel, ist Mitglied des Aufsichtsrats der Deutschen Gold- und Silberbeschaffungsanstalt, vorm. Röbber in Frankfurt a. M.. Ob darüber hinaus engere Beziehungen zum J.-G.-Farbentrust vorhanden sind, wäre immerhin möglich.

R. Segerer.

### Der deutsche Außenhandel in Farben, Farbwaren, Firnis, Lack und Ritten im Jahre 1928.

Folgende Angaben über den Außenhandel der obengenannten Industriegruppen entnehmen wir der Farbenzeitung, dem Fachblatt für die deutschen Farben- und Lackindustrie. Deutschlands Ausfuhr an Farben und Farbwaren betrug im Jahre 1928 1 658 667 Doppelzentner im Werte von 325 863 000 Mk., gegen 1 602 863 Doppelzentner im Werte von 322 630 000 Mk. im Vorjahre. Demnach ist eine sowohl mengenmäßige als auch finanziell größere Ausfuhr als im Jahre 1927 zu verzeichnen. Davon kamen auf Erd- und Mineralfarben, chemische und Buchdruckfarben im Jahre 1928 1 182 025 Doppelzentner im Werte von 95 500 000 Mk., für 1927 betrug die Ausfuhr derselben Produkte 1 112 534 Doppelzentner im Werte von 89 115 000 Mk. Der verbleibende Teil sind natürliche und künstliche Farbstoffe.

Die Einfuhr im Jahre 1928 betrug für die vorher genannten Gruppen 581 721 Doppelzentner im Werte von 38 028 000 Mk. Davon entfielen auf die Gruppe Erd- und Mineralfarben, chemische und Buchdruckfarben im Jahre 1928 528 157 Doppelzentner (452 959 Doppelzentner 1927) im Werte von 15 638 000 Mk. (13 465 000 Mk. 1927). Den verbleibenden Rest bilden auch hier wieder natürliche und künstliche Farbstoffe.

Die Ausfuhr an Firnissen, Lacken und Ritten betrug 1928 98 872 Doppelzentner (73 374 Doppelzentner 1927) im Werte von 20 649 000 Mk. (14 407 000 Mk. 1927). Die Einfuhr betrug im Jahre 1928 für die letzten Gruppen 17 391 Doppelzentner (15 038 Doppelzentner 1927) im Werte von 2 610 000 Mk. (2 247 000 Mk. 1927).

Insgesamt ergibt sich aus obigen Angaben ein Ausfuhrüberschuß von 1 076 786 Doppelzentner im Werte von 287 835 000 Mk.

Über den Geschäftszug wird zufriedenstellend berichtet. Die Produktionsverhältnisse haben sich nicht geändert.

Das Gesamtbild der Farbenindustrie ist demnach für die Aktienhaber zufriedenstellend.

R. Segerer.

### Zusammenschluß in der Norddeutschen Dachpappenindustrie.

Unter dem Namen „Norddeutsche Dachpappenvereinigung, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Hamburg“ ist die Eintragung der genannten Firma in das Hamburger Handelsregister erfolgt. Der Zweck der Vereinigung soll die Förderung der wirtschaftlichen Interessen der Gesellschaft sein. Die Gesellschaft setzt die Mindestpreise und die Verkaufsbedingungen fest, die jeweils von der Gesellschaftsversammlung beschlossen werden. Als Geschäftsführer ist der Kaufmann Hugo Friedrich Christian Binns in Pinneberg beauftragt.

Die Konzentrationsbestrebungen in der Dachpappenindustrie setzen vor längerer Zeit ein, zunächst zur Rationalisierung der Betriebe sowie zur Erreichung der Normung in der Produktion.

Zusammenschluß und Organisation in der Industrie überall. Die Arbeiterschaft muß sich beeilen, das gleiche zu tun, damit sie nicht ins Hintertreffen kommt.

R. S.

### Deutschlands Rohkaufschukverbrauch im Jahre 1928.

Über den Verbrauch Deutschlands an Rohkaufschuk im Jahre 1928 entnehmen wir der „Gummizitung“ folgende Angaben: Die Rohkaufschuk-Einfuhr Deutschlands im Jahre 1928 betrug 423 908 Doppelzentner im Werte von 108 143 000 Mark. Es ist damit keine wesentliche Verschiebung gegenüber dem Verbrauch im Vorjahre eingetreten, denn die Einfuhrmenge des Jahres 1927 betrug 423 638 Doppelzentner. Dagegen ist eine Verschiebung im Wert der Rohkaufschuk-Einfuhr eingetreten. Die Ursache der Wertverminderung ist in den gesunkenen Gummipreisen zu finden, da die vom England eingeführte Gummizwangswirtschaft, nachdem sie von den übrigen Ländern durchbrochen und von Amerika heftig bekämpft wurde, gescheitert ist. 1927 betrug der Wert des eingeführten Rohkaufschuks 167 126 000 Mark. Hauptlieferanten waren Niederländisch-Indien mit 149 635 Doppelzentner, Britisch-Indien mit 160 275 Doppelzentner und Brasilien mit 35 185 Doppelzentner.

Die Rohkaufschuk-Einfuhr hat im Jahre 1928 39 280 Doppelzentner betragen im Werte von 10 168 000 Mark. Wenn man die im Inland vorhandenen Vorräte unberücksichtigt läßt, ergibt sich für das

Jahr 1928 ein Kaufkraftverbrauch von 384 028 Doppelzentner im Werte von 97 875 000 Mark.

Daraus ergibt sich, daß die Gummiindustrie, wenn auch beträchtlich von nicht allzu großer Ausdehnung, so doch ein beachtlicher Zweig der deutschen Wirtschaft ist.

**Papier-Industrie**

**Der Harrison-Konzern.**

Die englische Inveresk Paper Comp. umfaßt zur Zeit als Dachgesellschaft des Harrisonkonzerns in England 15 Aktien-gesellschaften der Papiererzeugungsindustrie und des Zellungs-gelages. Außerdem gehören dazu die deutschen Betriebe der Roholyl-Aktien-Gesellschaft.

**Die Inveresk-Dividende.**

Auf der am 30. Januar 1929 abgehaltenen Jahres-versammlung des Konzerns teilte der Aufsichtsratsvorsitzende Harrison mit, daß die Dividende von 35 Prozent im Jahre 1927 auf 25 Prozent im Jahre 1928 zurückgegangen sei. Immerhin noch eine sehr angemessene Bezahlung für die Kapionscherearbeit der Aktionäre. Trotzdem wurde durch diese Dividendenherabsetzung die längst vorausgegangene Nachricht bekräftigt, daß sich der Harrisonkonzern in Finanz-schwierigkeiten befindet.

**Die British Vegetable Parchment Mills, Ltd.**

Nachdem Harrison vor einigen Jahren die Pergament-papierfabrik Oberlohnstein aufgekauft hatte, war es sein eifrigstes Bestreben, diesen Produktionszweig als neueste industrielle Errungenschaft auch in seinem Heimatlande England einzuführen. Deutsche Arbeitskräfte wurden nach England exportiert, um die einheimische eng-lische Arbeiterschaft mit der Fabrikation von Pergamentpapier-vertraut zu machen. Kaum aber war die Pergamentpapier-erzeugung in England eingerichtet, so schrieb Harrison nach Schluß der Jahresversammlung erklärte Harrison dazu folgendes:

Wir sitzen unter der Preischanderlei eines ausländi-schen Kartells, das viele Jahre hindurch eine herrschende Stellung in England einnahm. Das Kartell ermäßigte, als die neue englische Fabrik in Gang kam, seinen Preis um 6 Pfund Sterling die Tonne. Wir lenkten die Aufmerk-samkeit der Regierung auf diesen Versuch, die neue Fabrik zu erdrücken, aber der britische Ministerpräsident konnte uns keine sofortige Hilfe leisten. Sollte aber die jetzige Regierung nach den Parlamentswahlen wieder ans Ruder kommen, so werde eine ihrer ersten Sorgen sein, die neue Industrie zu schützen. Wir mußten also dem Wettbewerb begegnen, und unser Direktor, einer der führenden Papier-chemiker des Landes, führte gewisse Verbesserungen ein, die die Herstellungskosten ermäßigten. Es gelang uns, das Geschäftsjahr ohne Verlust abzuschließen.

Vor der Errichtung dieser Pergamentpapierfabrik waren es vor allen Dingen die deutschen und belgischen Pergament-papierfabrikanten, die den Export nach England beherrschten. Von beiden Fabrikanten-gruppen wird bestritten, daß ein Kartell für diese Papierarten bestanden hat.

**New Northfleet Paper Mills, Ltd.**

Unter dieser Firma hat Harrison eine Feinpapierfabrik errichtet, in der Espartogras als Rohstoff dient. Der Betrieb soll wöchentlich 600 Tonnen Feinpapier herstellen und einen Jahresüberschuß von 120 000 Pfund Sterling abwerfen. Bis Ende März 1929 soll der Betrieb produktionsfähig sein.

**Die Roholyl-Aktien-Gesellschaft.**

Die Roholyl-Aktien-Gesellschaft als deutsche Zweignieder-lassung des Harrisonkonzerns umfaßt:

1. die Zellstofffabrik Coffe (Königsberg),
2. die Zellstofffabrik Sachheim (Königsberg),
3. die Papierfabrik Hillegosien,
4. die Pergamentpapierfabrik Oberlohnstein,
5. die Bayerischen Zellstoffwerke Regensburg,
6. die Rheinischen Elektrowerke (Rhm),
7. die Chemische Fabrik Lüttdorf a. Rhein,
8. die Chemische Fabrik Wessling a. Rhein.

**Die Roholyl-Dividende.**

Die finanzielle Lage der Roholyl-Aktien-Gesellschaft wurde von Harrison auf der Generalversammlung am 30. Januar 1929 als außerordentlich günstig bezeichnet. Für das am 30. Juni 1928 abgelaufene Geschäftsjahr wurde eine Dividende von 16 Prozent verteilt.

**Die Roholyl nach Amerika verschifft?**

Ferner wurde in der Jahresversammlung zum Ausdruck gebracht, daß Harrison als Bevollmächtigter der Inveresk Paper Comp. am 27. Februar 1929 sich nach Amerika ein-schiffen wird, da die von Amerika eingeleiteten Verhand-lungen zum Ankauf der Roholyl-Aktien-Gesellschaft bis zum Abschluß geziehen seien. Im Frühjahr 1928 habe die In-veresk Paper Comp. für die Königsberger Werke in Amerika eine festverzinsliche Anleihe im Betrage von 4 Mil-lionen Dollar aufgenommen, wodurch alle kurzfristigen Dar-lehen sowie die Schulden abgezahlt werden konnten. Die Roholyl-Aktien-Gesellschaft verfüge über Aktiven in der Höhe von etwa 26 Millionen Mark.

Nach dieser Mitteilung beschäftigt die finanziellen Schwierig-keiten der Inveresk Paper Comp.

Bemerkt werden soll nur noch, daß Harrison vor Ankauf der Roholylwerke aus dem Nachlaß des Siemenskonzerns gleichfalls nach englischem Vorbild sich mit der Begrün-dung, daß die deutsche Papier- und Zellstoffindustrie insolge niedriger Löhne und langer Arbeitszeit ein soziales Dumping erleide. Freiwilling hat Harrison an der sozialen Lage der deutschen Papierarbeiterschaft, seitdem er Besitzer der Roholyl-Aktien-Gesellschaft ist, so viel wie nichts geändert. Wenn es der in Frage kommenden Arbeiterschaft in dem letzten Jahren gelungen ist, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, so nur mit Hilfe des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands. In diesem Kampfe haben die Direktionen der einzelnen Werke der Roholyl-Aktien-Gesellschaft wiederholt bewiesen, daß ihr Chef, Herr Harrison, zwar seinen Reden einen

sozialen Anstrich gibt, sonst aber genau darauf achtet, daß auch seine Werke sich dem Diktat der Arbeitgeberverbände fügen.

G. Stähler.

**Eine Konferenz der Arbeiter der Papiererzeugungsindustrie** fand am 17. Februar 1929 in Leipzig statt. An der Konferenz nahmen 128 Kollegen unseres Verbandes als Delegierte und Funktionäre teil, ferner vier Gäste, darunter der Kollege Sandke vom Hauptvorstande des Deutschen Metallarbeiterverbandes und der Kollege Bahert vom Verbande der Holz- und Maschinen-

Die Beratungen wurden vom Kollegen Frey geleitet. Kollege Stähler sprach zum ersten Punkte der Tagesordnung: Stellung zum Gesamtarbeitsvertrag in der Papiererzeugungsindustrie. Er führte u. a. aus:

Die kollektive Regelung der Lohn- und Arbeitsverträge sowie ihre soziale Gestaltung wird stark von der innerwirtschaftlichen Lage der betreffenden Industrie und von den sozialen Nachverhältnissen der Arbeiterschaft beeinflusst. Ebenso spielen die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge eine bedeutende Rolle. Die technische Entwicklung hat in der deutschen Papiererzeugungsindustrie den modernen Großbetrieb gebracht. Im Jahre 1819 waren in der deutschen Papierfabrikation noch 1500 Stoffbütten und nur eine Papier-maschine vorhanden. Die Zahl im Jahre 1927 zeigte aber, daß die Zahl der Stoffbütten auf 25 gesunken, die der Papiermaschinen jedoch auf 808 gestiegen ist. Die Folge war natürlich eine ganz ungeheure Steigerung der Produktion. Im Jahre 1925 betrug z. B. die deutsche Rohpapierproduktion ungefähr 2 100 000 Tonnen, das ist gegen das Jahr 1912 eine Steigerung um rund 30 Prozent, auf die Jahre von 1924 bis 1928, die Zeit der Rationalisierung, berechnete, dagegen eine Steigerung um etwa 52 Prozent. An dieser gewaltigen Produktionssteigerung hatten außer der stark gesteigerten Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters auch der Über-gang von zwei- zum Dreischichtensystem und die Einführung des Achtstundentages einen maßgebenden Anteil. Es zeigte sich hier also, daß die Forderung des Achtstundentages nicht nur menschlich und sozial gerechtfertigt, sondern auch wirtschaftlich begründet war.

**Hohe Löhne, hoher Konsum, hohe Produktionsmöglichkeit.**

Die Kaufkraft wird durch ein ungewisses oder ungenügendes Einkommen geschädigt. Das Heilmittel für geschäftliche Depression liegt in der Hebung der Kaufkraft, und das Kraftreservoir für die Kaufkraft sind die Löhne. Unser Land könnte unmöglich auf Grund der Kaufkraft jener bestehen, deren Einkommen von ihrer Arbeit unabhängig ist. Arbeit erhält unser Land aufrecht. Das äußere Zeichen der Arbeit sind die Löhne. Die Wirkung der Löhne besteht in der Ständigkeit der Arbeit. Setzt man die Löhne herab, so verringert man die Arbeit, da man die Nachfrage, von der die Arbeit abhängt, vermindert. Löhne sind für das Geschäfts-leben von noch größerer Wichtigkeit als für die Arbeiterschaft.

Henry Ford: „Das große Heute, das größere Morgen.“ Seite 191.

**Entsprechend der günstigen Produktionsentwicklung ist auch die Gewinnbeteiligung der Arbeitgeber am Produktionsergebnis gestiegen.**

Das statistische Reichsamt hat die Abschlässe der Aktien-gesellschaften in der Papiererzeugungsindustrie für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1927 zusammengestellt und daraus eine Durchschnittsdividende von 10,35 Prozent errechnet. Nicht man weiß in Betracht, daß das gesamte Aktienkapital von 67 Aktien-Gesellschaften der deutschen Papiererzeugungsindustrie bei der Umstellung von der Papier- zur Goldmarkbilanz einen Wert von rund 0,4 Goldpfenniger besaß, während es heute auf über 175 Millionen Goldmark ausgewertet ist, so kann es mit der Rentabilität der deutschen Papiererzeugungsindustrie doch wohl nicht so schlecht sein, wie es die Unternehmer gern darstellen.

Nachdem der Kollege Stähler noch kurz die Konzernbildung in der behandelten Industrie erwähnt hatte, ging er in längeren Ausführungen auf die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge, die inter-nationales Verflechtungen und auf die Kämpfe um die aus-ländischen Absatzgebiete ein. Besonders interessant war dabei die Gegenüberstellung der deutschen Zellungsdruckpapierpreise im In- und Auslande. Deutsches Zellungsdruckpapier kostete nämlich im Herbst 1928 auf dem Inlandsmarkt 30 Pf. per Kilogramm, während es z. B. in Dänemark für 25,4 Pf. und in Argentinien für 26,3 Pf. verkauft wurde.

Im sozialen Teil seines Vortrages zeigte der Redner die von der Papierarbeiterschaft schon errungenen Erfolge auf, wie Sicherung des Lohnes durch Tarife, die Lohnsteigerungen sowie die kollektive Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, während früher diese Bedingungen von den Arbeitgebern für mehr als 100 000 Arbeiter einseitig festgelegt wurden. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, waren der Abschluß des ersten Gesamtarbeitsvertrages für die deutsche Papiererzeugungsindustrie und die folgenden Bezirks-organismen eine soziale Lat allerersten Ranges, die von unserer Organisation im Interesse der deutschen Papierarbeiterschaft geleitet wurde. Dann ging der Kollege Stähler auf den Gesamtarbeits-vertrag in besonderen ein, er verallt den deutschen Vertrag mit vielen Tarifen, die in anderen Staaten für die Papierarbeiter bestehen. Dabei zeigte sich, daß in den verschiedenen Zweigen der russischen Papierindustrie eine ständige Arbeitszeit von 8 bis 12 Stunden und eine Arbeitswoche von 48 bis 72 und sogar bis 84 Stunden besteht. In Deutschland können nach dem heute noch geltenden Gesamtarbeitsvertrag jährlich 600 Arbeitern von den Tagelohnarbeitern geleistet werden. Das ist allerdings nur eine theoretische Möglichkeit, die noch nicht ausgenutzt worden ist. Da-gegen sind in Rußland bis zu 1900 Arbeitern jährlich gesetzlich zulässig.

Bei aller Würdigung der Vorzüge des deutschen Gesamtarbeits-vertrages für die Papiererzeugungsindustrie wurden die bestehenden Mängel scharf herausgehoben und die Verbesserung bezeichnet, bei denen Verbesserungen notwendig sind. Die Wünsche und Forderungen der Papierarbeiter wurden vom Hauptvorstande und der Zentralbranchenleitung entgegengenommen. Als bestes Mittel zur Durchsetzung der berechtigten Forderungen bezeichnete Kollege Stähler die möglichst reifliche Zusammenfassung aller Papierarbeiter und -arbeiterinnen in unserem Verbands.

Zum zweiten Punkte der Tagesordnung: Stellungnahme zu den Bezirkslehrentagen, sprach der Kollege Parésch.

Der Redner ging auf die innigen Zusammenhänge zwischen der Lohn- und Tarifpolitik und den allgemeinen Konjunkturverhältnissen ein. Er zog die Lehren aus den großen Lohnkämpfen der letzten Zeit, behandelte die Strukturveränderung in der Weltwirtschaft, besprach die einschlägigen Lehren bei den kommenden Frühjahr-löhnerhebungen, kennzeichnete den Kampf der Unternehmer gegen die Sozialpolitik des Staates und zeigte, wie die Kartellierung der Industrie jede Lohnsteigerung in ihrer für den Arbeiter günstigen

Wirkung abschwächt und außerdem noch der Zwischenhandel eine weitere Verteuerung herbeiführt. Die Berechtigung der Lohn-wünsche der Papierarbeiterschaft unterliegt keinem Zweifel, zu ihrer Durchsetzung bedürfen wir der bestmöglichen Hilfe der Mitglieder und vieler neuer Mitkämpfer.

Zum dritten Punkte der Tagesordnung: Arbeits- und Tarifrecht in der Reichspräsidentenwahl, sprach der Kollege Schmidt (Hannover) das Wort. Er wies auf die große Unsicherheit und Unklarheit in der heutigen Rechtsprechung hin, die sich natürlich auch auf die arbeitsrechtlichen Streitigkeiten unserer Mitglieder auswirkt. Solche Unsicherheiten in der Rechtsprechung und solche Unklarheiten führen nun auch zu einer verschiedenen Auslegung der Gesetze. Für mich ist aber auch der Tarifvertrag ein Gesetz, das ich möglichst im Interesse meiner Kollegen auslegen und ausüben will. Die Unter-nehmer verhalten aber auch, dieses Tarifgesetz zu ihren Gunsten aus-zulegen. So handelt es sich hier schließlich nicht allein um einen Streit ums Recht, sondern vor allem auch um einen Streit darum, wer Recht spricht. Das zeigt sich besonders in den Tarifschieds-gerichten, für die die Unternehmer und noch mehr ihre Spindl eine starke Vorliebe haben, weil sie mit ihrer Hilfe die Zuständigkeit der Arbeitsgerichte noch mehr einzuschränken hoffen. Der Redner führte einige Beispiele dafür an, wie die Unternehmer und ihre Spindl versuchen, die Schiedsgerichte ihren Interessen dienbar zu machen. Ebenso tauchen in der Frage nach den Tarifbestimmungen noch immer neue Zweifel auf. Es ist daher bei der Formulierung von Tarifverträgen sehr wichtig, den Kreis der beteiligten Personen bei beiden Parteien möglichst klar und eindeutig zu bestimmen. Hierher gehört auch die Frage der Beziehungen zwischen Un-organisierten und Tarifverträgen, sie fallen unter den Tarifvertrag, ebenso gilt dieser für Kostensparmaßnahmen und Beihilfen. Der Begriff „wirtschaftliche Vereinigung“, der für die Tariffähigkeit von Bedeutung ist, hat sich in letzter Zeit etwas gewandelt. Das hat dazu geführt, daß verschiedentlich auch gelbe Vereinigungen für tariffähig erklärt wurden. Ich halte die gerichtlichen Entscheidungen, die dahin gehen, nicht für richtig. Wir sind schon allein tariffähig durch die politischen und wirtschaftlichen Veränderungen des Jahres 1918, an denen die Gelben keinen Teil haben.

Die Schwierigkeiten bei der Berechnung der Akkordlöhne und der Mehrarbeitszuschläge bei Akkordarbeit wurden von ihrer juristischen Seite betrachtet und erläutert. Der Redner ersuchte dringend, bei allen Rechtsstreitigkeiten immer in enger Verbindung mit der Rechtschutzabteilung des Verbandes zu bleiben, um Kosten zu sparen und einen möglichst günstigen Ausgang herbeizuführen. Dann behandelte der Kollege Schmidt die einzelnen Paragraphen des Gesamtarbeitsvertrages für die Papiererzeugungsindustrie vom rechtlichen Standpunkte aus, streifte die Frage der Tarifauslegung und die Mitwirkung der Betriebsräte bei der Regelung der Arbeitszeit.

Die Unsicherheit und Uneinheitlichkeit der gegenwärtigen Rechtsprechung mahnt uns, die Rechtsentwicklung genau zu beobachten, unsere Rechtskenntnisse zu mehren und unsere politische wie wirtschaftliche Macht zu steigern, denn wie Lohnfragen sind auch Rechtsfragen Nachfragen.

Die drei Referate entfalteten eine sehr lebhafte Aussprache, in der in oft leidenschaftlichen Ausführungen die Mängel, die dem Gesamtarbeitsvertrag und den einzelnen Bezirkslohnverträgen noch anhaften, kritisiert und Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gefordert wurde. Die Konferenz war einzig in bezug auf das Ziel und auch über den einschlägigen Weg brachte die Aussprache Klarheit. Alles in allem war der Verlauf der Konferenz ein ein-drucksvoller Beweis der gesammelten Kraft der im Verbands der Fabrik-arbeiter Deutschlands organisierten Papierarbeiter. Das kam auch nach den Schlussworten der Referenten in der einstimmigen Annahme der vom Hauptvorstande und der Zentralbranchenleitung vorgelegten Entschließung ebenso zum Ausdruck.

**Eine Konferenz der Tapetenarbeiter**

fand am 16. Februar 1929 in Leipzig statt. An den Beratungen nahmen 48 Kollegen teil, davon waren 42 Kollegen als Delegierte der Betriebe, Zahlstellen oder Gewerkschaften, einer als Gast, während der Hauptvorstand fünf Kollegen entsandt hatte. Die Konferenz wurde vom Kollegen Frey geleitet. Zum einzigen Punkte der Tagesordnung: Stellungnahme zum Reichstarif in der Tapeten-industrie referierte der Zentralbranchenleiter Kollege Stähler.

Der Referent erwähnte, daß der Reichstarif für die Tapeten-industrie nur unwesentliche Änderungen erfahren hat. Eine der wichtigsten Änderungen ist in der Frage des anteiligen Urlaubs erfolgt. Bei der Regelung der Arbeitszeit im Jahre 1919 dachten wir nicht entfernt daran, daß an die Stelle des Achtstundentages der Neun- oder gar Zehnstundentag eingeführt werden sollte. Wir haben nur festgelegt, daß die Verkürzung der Arbeitswoche, die durch den früheren Arbeitsschluß an den Vortagen von Sonn- und Feiertagen entstand, auf die übrigen Arbeitstage umgelegt werden könne. Gegen unsern Willen hat sich aber in vielen Betrieben, leider oft mit Hilfe des Betriebsrates, eine Gewohnheit heraus-gebildet, 48 Stunden in fünf Tagen zu arbeiten, und den Sonn-abend ganz ausfallen zu lassen. Das ist eine Verdröhung des Tarifvertrages, der nicht von Arbeitsausfall am Sonnabend, sondern nur von einer Verkürzung der Arbeitszeit spricht. Als wir diesen tarif- und gegenwärtigen Zustand beseitigen wollten, stießen wir aber auf den Widerstand der Kollegen im Betrieb. Die unange-nahmten Begleiterscheinungen dieser Gewohnheit zeigten sich auch bald in der Berechnung oder vielmehr Nichtberechnung des arbeits-freien Sonnabends als Urlaubstag.

Der Redner streifte dann die Zersplitterung im Unternehme-lager. Dort gibt es keine einheitliche Organisation, viele Unter-nehmer gehören gar keinem Arbeitgeberverbande an oder treten aus dem Arbeitgeberverband aus, um von den tarifvertraglichen Verpflichtungen loszukommen. Sie versuchen nun mit Hilfe der Betriebsräte Bezirksstarife zu schaffen. Das alles erschwert natürlich unsere Arbeit sehr. Das Reichsarbeitsministerium hat den Tarif-vertrag für die Tapetenindustrie als allgemeinerverbindlich für das ganze Reich erklärt. Es ist also nicht recht verständlich, wenn einzelne Zahlstellen durch Abschlässe von Sonderstarifen unsere Arbeit erschweren, um so mehr, als die Schwierigkeiten bei solchen Arbeitserleichterungen doch größer sind, als die Scheinvorteile. Kollege Stähler ging dann näher auf den Reichslohntarif ein und erläuterte die Möglichkeiten zu einer Verbesserung. Die Einzelstarifverträge bringen in manchen Betrieben niedrigere Löhne, als der Reichs-lohntarif sie festsetzt, wie der Redner durch zahlreiche Beispiele bewies. Er erwähnte auch das Bestreben vieler Unternehmer, durch große Spannen zwischen den Löhnen der Facharbeiter und denen der Hilfsarbeiter Zwiespalt unter der Arbeiterschaft hervorzurufen. Der gleiche Zwiespalt herrscht aber auch im Unternehmerlager, wo die Unternehmer, die nach dem höheren Reichstarif entlohnen, bestrebt sind, ihre Löhne den niedrigeren Löhnen der für andere Unternehmer günstigen Einzelstarifverträge anzugleichen.

Der Redner behandelte dann noch die von den einzelnen Be-trieben, Zahlstellen und Gewerkschaften geäußerten Wünsche in bezug auf Verbesserung des Reichstarifes wie der einzelnen Lohnstarife und gab die Wege an, die zur Verwirklichung der Wünsche der Tapetenarbeiterschaft führen. Das wichtigste Mittel in diesem Kampfe ist aber die möglichst reifliche Zusammenfassung der Tapeten-arbeiter und -arbeiterinnen in unserem Verbands.

Dem Referat folgte eine längere Aussprache, an der sich zahl-reiche Kollegen beteiligten, die teils die Verhältnisse der von ihnen vertretenen Betriebe schilderten, teils mit Wünschen und Anfragen auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen an den Hauptvorstand und die Zentralbranchenleitung herantraten. Alle waren sich aber einig darin, daß die einheitliche Organisation der Tapetenarbeiterschaft die Voraussetzung für einen Erfolg in den kommenden Lohnbewegungen ist. Die einheitlich zusammengefaßten Anträge zu den Lohn- und Tariffragen wurden angenommen, so daß auch ein einheitliches Vorgehen gesichert ist. In den Tarif-anträgen wurden die Kollegen Kähler (Berlin), Himmeler (Sachsen), Kulow (Damburg), Kötter (Weimarn) gewählt.

**Handelskammerberichts-Industrie**

**Die Umdeutung des Margarineertrags**

Der große Margarineertrag, der aus dem Zusammenschluss der beiden Großkonzerne Jürgens und Van den Bergh entstand und mehr als Dreiviertel der deutschen Margarineproduktion und einen großen Teil der englischen und holländischen beherrscht, will jetzt sein Tätigkeitsgebiet auch auf die osteuropäischen Länder ausdehnen. Die Zusammenarbeit mit dem tschechoslowakischen Großindustriellen Georg Schicht soll die Errichtung einer Tochtergesellschaft des Margarineertrags in Deutschland und den osteuropäischen Staaten zur Folge haben. Das Kapital des Margarineertrags wurde kürzlich von 90 Millionen auf 300 Millionen Gulden erhöht, um die Möglichkeit für den Aufbau von bisher noch unabhängigen Margarinefabriken zu schaffen. Diese Schritte führten auf der Höhe zu einer gewaltigen Kurssteigerung der Aktien des Margarineertrags, deren Kurs von 338 Prozent am Anfang des Jahres auf 424 Prozent am 8. Februar stieg. Der Margarineertrag hat kürzlich das im Besitz der mitteldeutschen Privatbank Berlin befindliche Verwaltungsgebäude für einen Kaufpreis von 10 Millionen Mark aufgekauft, um sich die für die geplante Ausdehnung seiner Unternehmungen in Deutschland und Osteuropa nötigen Verwaltungsräume zu sichern.

**Verarbeitende Industrien**

**Die Kunstblumenindustrie im Jahre 1928.**

II.

Die Taktik der Unternehmer in der Kunstblumenindustrie, in der stillen Zeit viele Arbeitskräfte brachliegen zu lassen, hatte im Laufe der Entwicklung, insbesondere in der Nachkriegszeit zur Folge, daß gewandte Arbeitskräfte zu anderen Berufen übergegangen sind. Bei Beginn der Hochkonjunktur fehlten dann diese Arbeitskräfte. Die in Berlin erscheinende Zeitschrift schreibt u. a. am 19. Oktober 1928 über diese Tatsache folgendes:

Diese andauernd schlechte Beschäftigung wird in ihrer Auswirkung besonders schmerzhaft bei dem Einsetzen einer neuen Konjunktur bemerkbar sein, weil sich dann sofort ein Mangel an gelerntem Arbeiterinnen fühlbar machen wird. Der durch die geringe Beschäftigung in den letzten Jahren oft niedrige Wochenverdienst hat die besten Arbeitskräfte, sofern sie während der letzten Zeit nicht von ihren Firmen durchgehalten wurden, veranlaßt, die Branche zu wechseln.

Dieser Satz war auf die Verhältnisse im Sebzigter Gebiet gemünzt. Für Dresden wird gesagt, daß die Arbeiterinnen in die Kartonnagen-, die Zigaretten- und in die Schokoladenindustrie abgewandert sind. Das dürfte auch für die Verhältnisse der Kunstblumenindustrie in den übrigen Kunstblumenbezirken zutreffen.

In den Ausführungen der Zeitschrift nimmt der Verband der Blumen- und Blätterfabrikanten, e. V., Sebzig, unterm 29. Dezember 1928 in der Zeitschrift „Künstliche Blumen für Mode- und Dekoration“ Stellung und führt zum Punkt „Arbeiterinnenabwanderung“ aus:

Auch fehlt es in der Blumenindustrie keineswegs an einem Nachschub gelernter Arbeitskräfte. Im Sebzig-Neustädter Bezirk ist kein Mangel festzustellen, und seit mehr als zwei Generationen widmen sich hier die heranwachsenden Mädchen der Blumenindustrie. Von der gesamten deutschen Erzeugung der Blumenindustrie fallen mindestens 80 Prozent auf den Bezirk Sebzig-Neustadt. Der Anteil Dresdens beträgt weniger als 10 Prozent. Der Rest entfällt in der Hauptsache auf Berlin.

Die Feststellung, daß es im Sebzig-Neustädter Bezirk keineswegs an geeigneten Arbeitskräften fehlt, ist mit Vorbehalt anzunehmen. Im März 1928 hat die Handelskammer Dresden über die Beschäftigung der Industrie künstlicher Blumen für ihren Bezirk berichtet. Diesem Bericht ist folgender Satz angehängt:

In bemerken ist dazu, daß es in Sebzig-Neustadt zur Zeit an brauchbaren Arbeitskräften mangelt und dies trotz Inzugs aus dem benachbarten Böhmen.

Der Handelskammerbericht vom März dürfte der Wirklichkeit näherstehen als der zitierte Satz des Verbandes der Blumen- und Blätterfabrikanten, e. V., Sebzig.

Der Beschäftigungsgang in der Kunstblumenindustrie war am Anfang des Jahres 1928 schleppend. Im Frühjahr war eine merkliche Besserung zu verzeichnen und im Sommer waren Erwerbslose fast nicht festzustellen. In den Herbstmonaten war anfangs Schwäche, später sich steigende Erwerbslosigkeit zu verzeichnen. Diese Entwicklung trifft auf die Kunstblumenindustrie im allgemeinen zu. Auf die einzelnen Unterschiede der Beschäftigungsgrade in der Hut- und Dekorationsbranche oder in der Wachs- und Kranzblumenbranche soll hierbei nicht eingegangen werden.

Die Erwerbslosigkeit, die am Anfang und Ende des Jahres 1928 festgestellt worden ist, hätte zum Teil vermieden werden können, wenn die Unternehmer der Kunstblumenindustrie Bedacht auf ihre Arbeitskräfte genommen hätten. Gerade im letzten Jahre hat sich gezeigt, daß Unternehmer aus Sachsen in Bezirken, die außerhalb Sachsens liegen, Heimarbeit vergeben. Auch in Bezirken innerhalb Sachsens ist jetzt Heimarbeit festgesetzt, wo man früher vergebens danach suchte. Das bedeutet eine Verbreiterung der Kunstblumenproduktionsbasis. Hier liegt auch die Erklärung dafür, daß trotz erhöhter Ausfuhr und erhöhtem Inlandsverkauf 1928 gegenüber den Vorjahren in den Hauptproduktionsbezirken für Kunstblumen Erwerbslosigkeit um sich gegriffen hat.

Es ist festgestellt, daß die Kunstblumenindustrie 1928 in Ausfuhr und Inlandsverkauf größere Umsätze als die Jahre vorher erzielt hat. Wenn man die monatlichen Berichte der Handelskammer Dresden über die Geschäftslage der Industrie künstlicher Blumen im Handelskammerbezirk Dresden 1928 verfolgte, konnte man zur Ansicht kommen, daß die Produktion in der Kunstblumenindustrie 1928 zurückgegangen ist. Aber nachdem der Jahresbilanzbericht in der Wirtschaft gezogen ist, wird man eines anderen belehrt werden. Sehen wir einmal, was die Handelskammer Dresden über die Kunstblumen-

industrie in Sachsen berichtet. Dabei soll unerwähnt bleiben, daß die künstliche Kunstblumenindustrie von sich behauptet, daß 90 Prozent aller Kunstblumenprodukte auf ihr Konto zu schreiben sind. Schließlich kommt man aus dieser Feststellung, dann kommt man zur Ansicht, daß die Berichte der Handelskammer Dresden eigentlich als Spiegel der Kunstblumenindustrie im allgemeinen zu betrachten sind.

Für Januar 1928 berichtet die Handelskammer Dresden wie folgt:

Der Geschäftsgang war bei den Kunstblumenherstellern sehr wenig befriedigend. Die Kunstblumenherstellung ist für das Frühjahr 1928 nur zögernd. Für die Herstellung von Dekorations- und Kranzblumen ist der Monat Januar an sich einer der ruhigsten. In der zweiten Hälfte des Monats war jedoch der Eingang von Auftragsaufträgen besonders für Kranzblumen etwas lebhafter.

Diesem Bericht hängt die Redaktion der Zeitschrift „Künstliche Blumen usw.“ einige Sätze an, in welchen gesagt wird, daß das Frühjahrsgeschäft in Modeblumen usw. leider immer noch nicht eingeleitet habe, so daß die Lage nachgerade katastrophal sei. Dann heißt es im Bericht der Handelskammer für den

Monat März: Der Absatz der Modeblumen wurde in der ersten Hälfte des Berichtsmontats durch die kalte Witterung zurückgehalten. In der zweiten Hälfte war er jedoch lebhafter und die Be-

**Politische, nicht gewerkschaftliche Betriebsräte!**

„In den vergangenen Jahren wurden die Betriebsräte wahlweise nicht politisch geführt. . . . Jetzt muß das anders werden.“

So sagte der Kommunistenführer Pflaume nach einem Referat Thälmanns auf einer Parteifunktionskonferenz am 15. Februar in Berlin. (Siehe: „Die Rote Fahne“ Nr. 41 vom 17. Februar 1928.) Wer also seine eigenen Interessen und die der Gewerkschaft schädigen will, der muß einen KAP- oder KPD-Mann als Betriebsrat wählen, einen Angehörigen der Partei, die in ihrem Fanatismus sogar Trost trotz seiner Verdienste aus seinem russischen Vaterland verjagt hat.

schäftigung günstig. Die Nachfrage nach Dekorations- und Kranzblumen war besser als im Vormonat. Die beteiligten Betriebe waren voll beschäftigt.

Monat April: Das Geschäft der Hersteller von Blumen für Hüte und Kleiderparis war wechselnd. Der Absatz richtete sich nach dem Wetter. In schönen Tagen war die Nachfrage verhältnismäßig stark, beim Einsetzen schlechten Wetters übten die Käufer sofort große Zurückhaltung. Im allgemeinen entsprach das Geschäft nicht den Erwartungen. Die Beschäftigung der Dekorations- und Kranzblumenfabrikanten war angemessen.

Monat Mai: Das Inlandgeschäft in Modeblumen war infolge des schlechten Frühjahrswetters gering, der Export zufriedenstellend. Dekorationsblumen gingen gut, Kranzblumen weniger.

Monat Juni: Das schlechte Wetter und das Ende der Sommergeschäftszeit wirkte ungünstig auf den deutschen Absatz von Modeblumen. Der Eingang von Auslandsaufträgen war dagegen befriedigend. Den Herstellern von Dekorationsblumen stießen ebenfalls beträchtliche Aufträge des Auslandes zu. Auch in Kranzblumen war die Beschäftigung gut.

Monat Juli: Die Industrie hatte der Saison entsprechend ein beschleunigtes Inlandgeschäft, während der Eingang von Auslandsaufträgen für die nächste Saison gut war. Die Nachfrage nach Kranz- und Dekorationsblumen befriedigte.

Monat August: Das deutsche Geschäft war für Kunstblumenhersteller recht schwach. Es bestand fast gar keine Nachfrage nach Blumen zum Garnieren von Winterhüten. Der Geschäftsgang der Hersteller von Dekorationsblumen war befriedigend. Der Absatz von Kranzblumen sehr lebhaft.

Monat Oktober: Der Absatz in Hut- und Modeblumen war nicht befriedigend. Besonders die deutsche Nachfrage entsprach nicht den Erwartungen. Die Hersteller von Dekorationsblumen waren gut beschäftigt, namentlich für die Ausfuhr. Auch die Hersteller von Kranzblumen hatten für das In- und Ausland ausreichend zu tun.

Monat November: Der Inlandsabsatz von Modeblumen war ungenügend schwach. Im Gegensatz zu früher gab es noch keinerlei Nachfrage für das Frühjahr. Auch das Ausland zeigte wenig Interesse. Für Dekorationsblumen war das Geschäft zwar besser, immerhin ließ auch der Auftragsengang nach. Für Kranzblumen ist die Hauptgeschäftszeit also vorüber. Die Nachfrage blieb aber weiterhin befriedigend.

Monat Dezember: Infolge der angekündigten Pariser Mode kam das Modeblumengeschäft für das Frühjahr 1929 im Gegensatz zu anderen Jahren nicht zur Entwicklung. Die Beschäftigung der beteiligten Hersteller war daher besonders für das Inland nicht befriedigend. Der Eingang von Bestellungen des Auslandes war dagegen lebhaft gut. Für die Herstellung von Dekorations- und Kranzblumen ist der Dezember herkömmlich die ruhigste Zeit. Dementsprechend blieb sowohl das In- wie auch das das Auslandsgeschäft mäßig.

**Berichte aus den Zahlstellen.**

Färth. Die Zahlstelle hielt am 8. Februar 1929 ihre Jahres-Generalversammlung ab. Der schriftlich niedergelegte Geschäftsbericht gibt wertvollen Aufschluss über die Tätigkeit und die Erfolge der Zahlstelle. Es ist ein langwieriger aber steter Aufstieg zu verzeichnen, der sich vor allem in der Mitgliederbewegung bemerkbar macht. Am Schlusse des Jahres 1928 waren 4000 Mitglieder gegen 3580 vom Jahreschlusse 1927 zu verzeichnen. Sie teilen sich in 2388 männliche und 1662 weibliche Mitglieder.

Die Jahresabrechnung der Hauptkasse schließt mit 149 351,45 Mark Einnahmen und 108 199,41 Mark Ausgaben. Die der Lokal-kasse mit 93 024,22 Mark Einnahmen und 54 524,25 Mark Ausgaben.

Die Ausgaben für Arbeitslosen- und Krankenunterstützung waren besonders hoch und betrugen 51 515 Mark. Zu Weihnachten wurde eine einmalige Beihilfe ausbezahlt, deren Höhe 3200 Mark betrug.

Die größte Zahl der Arbeitslosen stellte die Glasindustrie mit 281 männlichen und 148 weiblichen, im ganzen 429 Mitglieder, 215 männliche Arbeitslose entfallen auf die Spiegelindustrie, so daß am Schlusse des Jahres 644 erwerbslose Mitglieder vorhanden waren. Der Vorsitzende gab bekannt, daß die Zahl weiter steigt und daß Ende Januar 718 Arbeitslose in der Zahlstelle zu verzeichnen waren.

Die katastrophal zu nennende Krise in der Glasindustrie Färth verdrängt sich von Tag zu Tag mehr. Die Konkurrenz des Kölner Spezialglases, Kapitalmangel und Rückständigkeit der Industrie in technischer Hinsicht wirken zusammen.

In den anderen Industrien, vor allem in der Chemie, war der Beschäftigungsgang gut zu nennen.

Lohnverhandlungen wurden für neun Industriezweige geführt, die Erhöhungen betragen von 7,5 bis 15,5 Prozent. Im Durchschnitt ergeben sich 9,7 Prozent.

In der Generalversammlung wurde der Bericht mit Beifall angenommen. Nur die sogenannte kommunistische Opposition gestiefel sich in politischen Tiraden, die in Wirklichkeit gar nichts mit dem Geschäftsbericht zu tun hatten. Ein oppositioneller Redner gekam ein, daß er nicht fähig sei, den Geschäftsbericht zu kritisieren.

Beim zweiten Punkt der Tagesordnung, Neuwahl der Ortsverwaltung, kam die Opposition gar nicht zur Entfaltung. Mit 220 gegen 29 Stimmen wurde unsere Liste per Akklamation gewählt. Es muß festgestellt werden, daß die Opposition die Schamlosigkeit besaß und fremde Leute in die Versammlung schmuggelte, damit sie mehr Stimmen hätten. Das ist die Taktik der Streikdiebe, von der sich jeder ehrliche Arbeiter mit Abscheu wendet.

Wir werden uns künftig gegen solche Schiedungen zu wehren wissen.

Der Verlauf der Versammlung wird den Herrschaften ja gezeigt haben, daß sie auch bei den Glas- und damit in der ganzen Zahlstelle ausgespielt haben. Und das ist gut so. Die Arbeiterschaft muß endlich Schluss machen mit den Gewerkschaftspaltern.

Königsberg (Pr.). Jahresbericht. Am Sonntag, dem 27. Januar 1929, fand die Generalversammlung unserer Zahlstelle statt. Aus dem Jahresbericht, den der Kollege Debert gab, war zu ersehen, daß die Gesundheit der Zahlstelle, die nach den schweren Schlägen der Jahre 1922/23 mit der Vernichtung des Koll. Drems als Geschäftsführer einsetzte, auch im Jahre 1928 Fortschritte gemacht hat. Die Mitgliederzahl konnte von 2084 am Schlusse des Jahres 1927 auf 2580 Ende 1928 gesteigert werden. Die Einnahmen der Hauptkasse stiegen von 66 249 auf 88 221 Mk., die der Lokal-kasse von 26 760 auf 35 550 Mk. Der Markenumsatz erhöhte sich von 87 980 auf 113 890, das bedeutet gegenüber 1927 eine Steigerung um rund 30 Prozent. Die Beitragsleistung betrug pro Kopf und Jahr 48,6, sie hat sich gegenüber dem Vorjahr nur unwesentlich gebessert, ein Umstand, der auf den fallomonatigen Charakter der Ziegelfabrikbetriebe zurückzuführen ist. Im Berichtsjahre wurden 19 Lohnbewegungen geführt, die sich auf 25 Betriebe mit 3585 Beschäftigten verteilten. Die erreichte Lohnerhöhung betrug pro Woche 18 600 Mark. Außerdem war es möglich, in den meisten Lohnverträgen die achtstündige Arbeitszeit festzulegen. Zum Zwecke der Verbesserung und Bildungsarbeit wurden 32 Funktionskonferenzen, 42 Mitglieder- und Betriebsversammlungen und 104 Betriebsversammlungen abgehalten, außerdem fanden noch 48 sonstige Konferenzen, Sitzungen, Revisionen usw. statt. Außerdem waren die Interessen der Mitglieder wahrzunehmen in 11 Schlichtungsverhandlungen und 42 Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband. Bei den Arbeitsgerichten wurden 27 Klagen angebracht, von denen 12 durch Vergleich erledigt, 10 durch Urteil gewonnen und fünf abgewiesen wurden. Ein erheblicher Teil von Lohnstreitigkeiten konnte auch durch direkte Verhandlungen der Zahlstellenleitung mit den einzelnen Firmeninhabern erledigt werden. Wenn auch nicht alles erreicht wurde, was die Zahlstellenleitung im vergangenen Jahre als Ziel gesteckt hatte, so ist doch wieder ein großer Schritt vorwärts gemacht worden. Der Rückschlag, der als Folge der verschiedenen Vorkommnisse in den Jahren 1922/23 eingetreten war, ist durch die rastlose Tätigkeit aller Funktionäre wieder ausgeglichen worden. Die Zahlstelle befindet sich wieder in einem erfreulichen Aufschwung sowohl in finanzieller wie in organisatorischer Hinsicht. Sehen wir also alle Kraft ein, um die Priorität für die Organisation auch in diesem Jahre mit demselben Erfolge weiterzuführen. Die kommenden Lohnverhandlungen stellen uns vor neue schwere Aufgaben, die entweder durch Kampf oder auf dem Verhandlungswege eine Lösung finden müssen. Von der Stärke und finanziellen Schagkraft der Organisation wird diese Lösung wesentlich beeinflusst werden. — Deshalb rufen wir alle Kolleginnen und Kollegen auch in diesem Jahre auf zu neuer Arbeit für die Organisation, für den Verband, denn Verband ist Macht, Verband ist Kraft, Verband ist Lohn, Verband ist Brot, Verband ist freies Menschenstum, . . . der Arbeit Evangelium! S. W.

Köln. Am Sonntag, dem 10. Februar, feierte die Zahlstelle Köln ihr 39. Stiftungsfest, verbunden mit der Ehrung der 25 Jahre und länger dem Verband angehörenden Mitglieder, in den Räumen des neuerbauten Gewerkschaftshauses. Die Zahlstellenleitung konnte 2100 Kollegen und Kolleginnen mit ihren Angehörigen, darunter auch unsere Heben, früher als Geschäftsführer hier tätigen Kollegen Richard Parfisch, der vom Hauptpostamt delegiert war, begrüßen. Nachdem eine Musikkapelle einige schöne Musikstücke und der Arbeiter-Gesangverein zwei Arbeiterlieder vorgetragen hatte, hielt Kollege R. Parfisch die Festrede, in der er unter anfeuernden Worten Gründung, Kämpfe und jetzige Größe der Zahlstelle beleuchtete. Dann feierte er die Jubilare, die er den Jüngeren als Vorbild bezeichnete und deren nie ermüdete Opferfreudigkeit und ihre Treue er der Kollegenschaft zur Nachahmung empfahl. Hieran nahmen die beiden jetzigen Angestellten der Zahlstelle, Wombacher und Berg, die Ehrung der Jubilare vor, indem sie jedem unter anerkennenden Dankesworten für die Treue zum Verband ein Diplom überreichten. Den gemühtlichen Teil bestritt unsere junge Kollegenschaft durch sehr gut vorgetragene Prologe, Couplets und Rezitationen sowie durch einen schön gelungenen Sprechchor und ein Theaterstück. Den Schluss krönte ein bis um drei Uhr andauerndes, sehr harmonisch verlaufenes Tanzkränzchen. S. W.

Waltershausen. Am Sonntag, dem 3. Februar, fand die erste Vertreterversammlung unserer Zahlstelle statt. Es nahmen 35 Vertreter und sechs Verwaltungsmitglieder daran teil. Die Tagesordnung sah die Berichte und die Neuwahlen zur Ortsverwaltung vor. Der Geschäftsführer konnte über eine rege und erfolgreiche Arbeit berichten. Diese Arbeit war auch dadurch möglich, daß die Funktionäre und die Verwaltungsmitglieder ihre Schulbildung lateten. In 21 Ortsverwaltungssitzungen wurden die organisatorischen und agitatorischen Arbeiten besprochen und vorbereitet. Die gute Konjunktur in der Gummiindustrie, welche am Anfang 1928 einsetzte, brachte uns Agitationsmöglichkeiten. Das Organisationsverhältnis in diesem Zweig konnte als gut bezeichnet werden. Nicht zuletzt war auch hiervon der Tarifabschluss abhängig, der eine Erhöhung der Löhne um circa 11 Prozent brachte. Es war auch möglich, den Urlaub in den Manteltarifbestimmungen zu verbessern. Also: gute Organisation, gute Arbeitsbedingungen. — In der Spielwarenindustrie war ein zentrales Vorgehen für eine Lohnerhöhung nicht möglich. Die Unternehmer sind hier nicht mehr organisiert. So wurde mit einigen Firmen ein Abkommen getroffen mit einer Lohnerhöhung von 14,4 Prozent. Für dieses Abkommen wurde dann auf Antrag die Verbindlichkeit für die gesamte Industrie vom Reichsarbeitsministerium ausgesprochen. Besonders Aufmerksamkeit mußte wieder den Augenheilkundern gewidmet werden, die mit im Produktionsbereich der Spielwarenindustrie stehen. Sie werden immer noch als selbständige Gewerbetreibende bezeichnet und zur Gewerbesteuer herangezogen. — In der Ziegelfabrikindustrie und einigen anderen kleinen Industrien konnten Verbesserungen und Tarifabschlüsse erzielt werden. — Verrechnungen vor dem Arbeitsgericht machten sich 33 notwendig. Einige Streitigkeiten machten vor dem Tarifschiedsgericht der Sektion 5b der chemischen Industrie ausgetragen werden. Festzustellen ist eine starke Inanspruchnahme des Geschäftsführers vor dem Spruchgremium des Arbeitsamtes. Zwei Unfälle mußten bis vor das Reichsversicherungsamt gebracht werden. — Bei den Neuwahlen zur Ortsverwaltung konnte es die sogenannte Opposition nicht anfangen. Wir gebieten

Kampfesweise zur Anwendung zu bringen. Auch die Einführung des Vertretersystems konnte sie nicht durchsetzen, wahrscheinlich deshalb, weil diesmal 600 bis 700 Verbandsmitglieder von ihrem Stimmrecht Gebrauch machen konnten. Während vorher höchstens 200 Mitglieder in der Generalversammlung erschienen und ihre Meinung zum Ausdruck brachten. Die Abstimmung mußte nun per Stimmzettel vorgenommen werden, weil auf jeden Vorschlag ein Gegenvorschlag der Opposition erfolgte. Bei der Auszählung ergaben sich für die Opposition bis zu 18 Stimmen, während die alte Verwaltung mit 27 bis 29 Vertreterstimmen gewählt wurde. — Zum Schluss gab Kollege Ortsepp noch verschiedene Hinweise über weitere Aufgaben in diesem Jahre. Möge es wieder ein Jahr des gewerkschaftlichen Aufstiegs für unseren Verband sein. Nur die Erstarbung der Organisation gibt uns die Möglichkeit, für unsere Mitgliedschaft einen höheren Anteil am Ertrag der von ihnen geschaffenen Werte zu erreichen. Alfred Courisseau.

### Wirtschaftliches.

#### Aktionäre und Banken verhindern die Rationalisierung.

Ausschlaggebende Bemerkungen können wir im Februarheft der bekannten Zeitschrift „Die Bank“, deren Herausgeber Alfred Landsburgh ist, darüber lesen, wie der so notwendige Reinigungsprozess der deutschen Wirtschaft von den Aktionären und Gläubigern der Unternehmungen erschwert wird, wie sich diese den Zusammenschlussbewegungen hindernd in den Weg stellen. Das Interesse der Aktionäre und Gläubiger „für“ — schreibt Landsburgh — den Reinigungsprozess. Keine Bank will dulden, daß ein ihr hochverschuldetes Werk in ein anderes, überlegenes, zu Bedingungen eingeht, die ihre Forderungen gefährden, und ebensowenig wollen die Großaktionäre Verluste auf sich nehmen. Alles widersteht sich dem Erfordernis eines starken Kapitalabstrichs. Infolgedessen kommen notwendige Fusionen entweder gar nicht zu Stande (Automobilindustrie) oder zu Bedingungen, die das Herunterschreiben der Buchwerte verhindern, so daß das neue Unternehmen schon überkapitalisiert ins Leben tritt. (Kartellindustrie, Schiffbau.) Die Kartelle, in denen sich dann die Unternehmungen zusammenschließen, sind heute nicht in der Lage, die Markt- und Preischwankungen auszusparen und als konjunkturanpassende und preisstabilisierende Faktoren aufzutreten, weil sich aus den vorgenannten Gründen eine viel zu hohe Leistungsfähigkeit in ihnen vereinigt, und den rationalisierten Betrieben unrationelle Produktionsquoten zugewiesen werden. Daher sind die Kartellpreise so hoch, als wenn gar keine Rationalisierung vor sich gegangen wäre. Unter solchen Umständen bilden die Kartelle heute nach Landsburgh nur noch ein Mittel mehr, die übermäßige Ausbeutung der Produktionsanlagen zu begünstigen und den Reinigungsprozess hinauszuzögern.

#### Die Steigerung der Dividende.

Im Jahre 1928 ist nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes eine Steigerung der Dividenden zu verzeichnen. Die Durchschnittsdividende der an der Berliner Börse gehandelten Aktien ergibt für Ende Dezember 1928 8,29 Prozent gegen 7,14 Prozent Ende 1927 und 5,87 Prozent Ende 1926. Sie hat sich also seit Ende 1926 um mehr als 2,6 Prozent gehoben und damit den Nominalzinsfuß, zu dem gegenwärtig fest verzinsliche Wertpapiere ausgegeben werden, überstiegen. Auch die nach den Börsenkursen errechnete Rendite ist im verfloßenen Jahre gestiegen. Sie lag Ende Dezember mit rund 5 Prozent mehr als 1/2 Prozent über dem Vorjahresstande. Insgesamt wurden von den der Berechnung zugrundeliegenden Aktien 1928 910,7 Millionen Mark als Dividende ausbezahlt. Bei einer derartigen Entwicklung nehmen sich die Klagen über die geringe Rentabilität der Aktienpapiere sehr eigenförmlich aus.

#### Kapitalkonzentration.

Der Zusammenschluß der Mitteldutschen Kreditbank mit der Commerz- und Privat-Bank stellte die erste große Fusion im deutschen Bankwesen seit den Inflationsjahren dar. Erfolgreich wurden die Fusionsverhandlungen durch den Umstand, daß das Berliner Verwaltungsgelände der Mitteldutschen Kreditbank für den außerordentlich hohen Betrag von 10 Millionen Mark an den Weltmargarineerz (Jürgens-van den Bergh) verkauft werden konnte. — Die Schweizerische Gesellschaft J.-G. Chemie, die sich im Besitze des deutschen Chemiekonzerns J.-G. Farbenindustrie befindet, werde in eine Holding-Gesellschaft für den Farbenkonzern umgewandelt. Das Aktienkapital der Schweizer Gesellschaft wird von 20 auf 250 Millionen Frank erhöht. Sie erhält Befestigungen des deutschen Farbenkonzerns und gibt Aktien im Nennbetrag von 80 Millionen Frank an die Aktionäre der J.-G. Farbenindustrie zu 150 Prozent aus. Der Erlös von 120 Millionen Frank fließt der J.-G. Farbenindustrie zur Stärkung ihrer Betriebsmittel zu, während das restliche Aktienkapital zum Erwerb weiterer Befestigungen in späterer Zeit verwendet wird. — Andere Auslandsunternehmungen, wie die Margarine-Unie (Margarinerz), die holländische Öl-Flampensabrik Philips, die englische Öl-Gesellschaft Anglo-Persian, haben umfangreiche Erweiterungen ihres Besitzes in Deutschland vorgenommen. E. A.

#### Agrarproblem und Reallohn.

In dem unter dieser Überschrift im „Proletarier“ Nr. 7 vom 16. Februar 1929 erschienenen Artikel sind drei Gesichtspunkte enthalten.

1. In der vorletzten Zeile des zweiten Absatzes muß es selbstverständlich statt Kreisbewegung heißen: „Preisbewegung“.
2. In der sechsten Zeile nach der Preistabelle darf es nicht heißen dreißiger, sondern „neunziger“.
3. In der zweiten Spalte unter der Einlage „Die beiden Seiten“ darf es in der neunten Zeile nicht heißen Preiswerte, sondern „Preisschere“.

\* Rationalisierung heißt verknäufte Wirtschaft.

## Arbeiterchutz und Arbeiterversicherung.

### Ruwo-Preiswettbewerb.

Der Verband der Deutschen Berufsvereinigungen erläßt in der von ihm veranstalteten Reichs-Unfallversicherungs-Woche folgendes Preiswettbewerb:

In England und Amerika wird der Kampf gegen die Unfälle in der ganzen Bevölkerung unter dem Schlagwort „safety first“ geführt. Es bedeutet wörtlich aber: „Sicherheit zuerst“ und stellt eine dort von jedermann verstandene Warnung dar, die gleichzeitig den Hinweis auf die überragende Bedeutung der Unfallversicherung enthält.

Uns fehlt in Deutschland ein entsprechendes, allgemein verständliches Schlagwort; die bisherigen Vorschläge „Vorsicht“, „Augen auf“, „Achtung“, „Gefahr“, „Sach“ befriedigen nicht völlig. Um andere Vorschläge dafür zu gewinnen, werden folgende Preise ausgesetzt:

1. Preis 500,— Mk., 2. Preis 300,— Mk., 3. Preis 200,— Mk., 50 Trostpfeile zu 10 Mk.

Jeder, außer den Angestellten des Verbandes der Deutschen Berufsvereinigungen und ihren Angehörigen, kann sich beteiligen. Der Vorschlag muß bis spätestens 11. März abends beim Verband der Deutschen Berufsvereinigungen, Berlin W. 9, Köthener Straße 37, eingehen, und zwar nur auf Postkarte (evtl. in Briefumschlag), die die Überschrift „Ruwo-Preiswettbewerb“, die vorgeschlagene Lösung (ohne jeden Zusatz) und die genaue Anschrift des Absenders enthält. Andere Einsendungen bleiben unberücksichtigt.

### Arbeitslos.

Von Tor zu Tor,  
von Tür zu Tür  
bin ich gelaufen,  
um meine Kräfte zu verkaufen.  
Vergeblich hab' ich überall gefragt.  
Man braucht mich nicht,  
hat man mir überall gesagt.  
Man braucht mich nicht!!!

Seht mich an! Mein Weib und auch  
mein Kind,  
wie wir verlumpft und elend sind.  
Und doch, es trägt der äußere Schein,  
denn seht ihr mir ins Innerste hinein,  
dann werdet ihr bestimmt erschrecken  
und giftigen solchen Haß in mir entdecken.  
Und dieser Haß, er pflanzt sich fort  
von Stadt zu Stadt, von Ort zu Ort.

Ihr braucht mich nicht!

Und hochgefäckt erkenn' ich neue Pflicht.  
Und müß' ich jahrelang noch fasten,  
nicht eher will ich ruh'n und rasten,  
bis eure Macht in Staub zerfällt,  
und dann braucht mich die neue  
Welt!

W. Troppenz.

### Meldet Betriebsunfälle

Der Betriebsunternehmer hat jeden Betriebsunfall in seinem Betriebe der Berufsvereinigungen anzuzeigen, wenn durch den Unfall ein im Betriebe Beschäftigter getötet oder so verletzt wird, daß er stirbt oder für mehr als drei Tage völlig oder teilweise arbeitsunfähig wird. Und zwar muß er den Unfall binnen drei Tagen, nachdem er ihm zur Kenntnis gelangt ist, melden. Außerdem muß die Ortspolizeibehörde den Hergang des Unfalles untersuchen. Auch die Krankenkasse muß jede Krankheit, die auf einen Unfall zurückzuführen ist, der Berufsvereinigungen bekanntgeben. Unternehmer und Krankenkasse sind aber erst dann in der Lage diese Verpflichtung zu erfüllen, wenn die Verletzten selbst den Unternehmer unverzüglich von dem Unfall Kenntnis geben. Durch die sofortige Benachrichtigung des Arbeitgebers über den Hergang des Unfalles wird sich viel Streit aus dem Weg räumen lassen. Es ist dann möglich, sogleich die Mitarbeiter als Zeugen zu hören und den Hergang genau festzuhalten. Unterbleibt die Nachricht des Verletzten an den Arbeitgeber, dann wird in vielen Fällen erst später eine Untersuchung eingeleitet. Inwiefern sind dann keine Zeugen mehr vorhanden oder Befreiungsrichtungen wurden inzwischen verändert, so daß es vielleicht nicht mehr möglich ist nachzuweisen, daß tatsächlich ein Betriebsunfall vorliegt. Die Leidtragenden bleiben entweder der Verletzte oder seine Hinterbliebenen. Deshalb ist dringend zu raten, jeden Betriebsunfall, wenn er auch geringfügig erscheint, dem Betriebsunternehmer zu melden.

### Unfallversicherung auf der Straße.

Mit der Zahl der Kraftfahrzeuge wächst die Gefahr auf den Straßen, wächst die Zahl der Verkehrsunfälle. Wenn gar ein seltener strenger Winter, wie in diesem Jahre, immer wieder das Schneewasser zur Erde schneit, immer wieder das kaum Aufgetaute gefrieren läßt, dann bedarf es aller Aufmerksamkeit, Vorsicht und Voller, nicht durch Alkohol getrübt Klarheit der Sinne, um nicht zu Fall oder unter die Räder zu kommen, sich selbst oder andere schwer zu schädigen. Unter diesen Umständen ist zu erwarten, daß die in der Zeit vom 24. Februar bis 3. März d. J. stattfindende Reichs-Unfallversicherungswoche allgemeine Interesse findet. Der Unfallversicherung auf der Straße ist insbesondere eine vom Hauptverband deutscher Krankenkassen herausgegebene Lichtbildserie gewidmet. Eindrucksvolle, von Künstlerhand gezeichnete Bilder, lenken die Aufmerksamkeit auf die drohenden Unglücksfälle und die Möglichkeit ihrer Vermeidung. Der Preis der 30 Bilder mit Vortragstext, die besonders zu Vorführungen in Schulen, Vereinen und dergleichen geeignet sind, beträgt 40 Mark.

### Kundschau.

#### Die allgemeine Arbeitsdienpflicht.

Daß die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ Nr. 7 vom 17. Februar 1929 einen Artikel über die Arbeitsdienpflicht auf der ersten Seite bringt, zeigt, welch großen Wert das Zentralorgan des deutschen Unternehmertums der allgemeinen Arbeitsdienpflicht beilegt. Daß dieses Unternehmerorgan aber diesen Artikel in einer Zeit umfangreicher Arbeitslosigkeit und Karzarbeit veröffentlicht, könnte fast naiv anmuten. Wir müssen möglichst viel und billig produzieren, heißt es einleitend, mit anderen Worten, die aus der gesetzlichen Arbeitsdienpflicht fließenden Erträge müssen dem deutschen Unternehmertum in die Tasche

fließen, wenn es auch heißt, im Dienste der Allgemeinheit sollen die Leistungen ohne Lohn erfolgen. Die freiwillige Dienstpflicht ist gedacht als Ersatz für die frühere Militär dienstplicht. Die allgemeine Arbeitsdienpflicht schlägt eine Brücke von Stand zu Stand, durchbricht die Wände, die die Klassen voneinander abschließen. . . . sagt die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“. Also so eine Art Vorstufe für die Werksgemeinschaft, das Ideal der Werkvereiner, soll diese Einrichtung werden.

Die allgemeine Arbeitsdienpflicht ist also wohl das soziale Kernproblem der Gegenwart. Wenden wir ihr unsere besondere Aufmerksamkeit zu und lernen wir, sie einzuspannen zur Abwehr des politischen Radikalismus, zur Belebung des Gemeinschaftsgefühls, zur Verringerung der sozialen Lasten, zur Ruhbarmachung brachen Landes und zur Einsetzung als Nothilfe bei schwierigen Wirtschaftslagen. Sie wird ihren Zweck erfüllen.

Warum die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ nicht offen ausspricht, die Arbeitsdienpflichtigen sollen als Streikbrecher fungieren, ist nach diesen Sätzen nicht recht verständlich. Jeder Blinde fühlt ja, was das Unternehmer-Zentralorgan will. Auf die Forderung der Arbeitgeberzeitung erwidern wir: In Deutschland wird es unter der kapitalistischen Wirtschaft keine Arbeitsdienpflicht geben. Diese Frage ist nicht diskutabel. Vermutlich wird eher die Abschaffung des arbeitslosen Einkommens der Kapitalisten erfolgen, denn der Mehrwert — unbezahlte Arbeit — gehört den arbeitenden Menschen respektive der Allgemeinheit ohne Kapitalisten.

### Scheinheilige Muckerei.

In dem vom Jugendbund der Evangelischen Gemeinschaft in Deutschland herausgegebenen „Christlichen Bundesboten“ nimmt ein „Besorgter“ zu der neuen Frauenmode Stellung. Er schreibt:

Du liebes, junges Mädchen, bedenke doch, was Gottes Kind du bist! Das weisse Mädchen trägt heute in der herausfordernden Kleidung schon ein Zeichen des Antichristentums. Willst du da mitmachen? Dann zeigst du offen, daß du auch dem Antichristentum huldigst. Wodurch unterscheidest du dich denn sonst noch von den Kindern dieser Welt? Vielleicht nur noch durch deine frommen Redensarten? Man muß die Gotteskinder heute schon an der Kleidung und an der Haartracht erkennen. Es ist die höchste Zeit, daß wir endlich erkennen, wie weit wir in der Kleiderfrage mit der Welt gehen dürfen. Es muß für uns eine Grenze geben, aber die wir nicht hinübergeben dürfen, nein, nicht hinübergehen wollen, unserem Hellsande zuliebe. Wenn manche junge Mädchen wüßten, was für eine sündliche Verheerung sie durch ihre Kleidung in den Herzen und Hirnen junger Männer anrichten, sie würden endlich den Saum ihres Kleides herunterlassen und das andere Anstoß-erregende an ihrer Kleidung vermeiden. Darum auf zur Last! Zeige der armen, irreführten Welt, was dein Hellsand aus dir machen konnte. Das Wort: Ich will dich segnen, und du sollst ein Segen sein, gilt auch dir! Du sollst und kannst für deine Umgebung ein Segen sein; wenn du praktisch zeigst, wie ein Gotteskind aussehen muß. Ein reiner Leib, ein züchtiges Auge und ein aufrichtiges Herz gehören zur Tugend eines rechten Christenmenschen.

Wie eine Jungfrau sein soll, behandelt ein Traktat einer Berner Missionsgesellschaft. Es heißt da:

Eine rechte Jungfrau muß sein wie die Glocke am Karfreitag still und eingezogen. Wie eine Orgel: sobald sie auch nur angefaßt wird, schreit sie laut. Wie eine Spitalsuppe: die hat nicht viel Augen; also soll eine Jungfrau auch nicht viel herumgaffen. Wie ein Spiegel: wenn man dem ein klein wenig zu nahe kommt und ihn anhaucht, so macht er ein finsternes Gesicht. Wie eine Eule: die kommt sehr wenig ans Tageslicht. Wie ein Licht, das in einer Laterne eingeschlossen viel sicherer ist als außer derselben. Besonders aber wie eine Schildkröte: diese ist allezeit zu Haus, da sie ihr Haus mit sich herumträgt; also soll eine rechte Jungfrau sich meistens zu Hause aufhalten zur Vermeidung aller bösen Gelegenheiten. Wenn die Jungfrauen, die immer auf Weg und Gassen sich sehen lassen, sind vor losen Schelmen nicht sicher.

Du liebes, junges Mädchen, lache herzlich über dieses Wortgebimmel, sie können dich heute nicht mehr verdrennen.

### Literarisches.

Wollt werde froh! Ein Kurt-Eisner-Buch. Zum zehnten Jahrestag der Ermordung Kurt Eisners am 21. Februar 1919 bringt die Büchergilde Gutenberg ein Kurt-Eisner-Buch heraus, das Erich Knapp aus dem literarischen Nachlaß dieses unvergeßlichen Führers der deutschen Revolution zusammengestellt hat. Die Republik von heute hat den Mann, der sie mit aus der Taufe gehoben hat, noch kein Denkmal gesetzt. Dieses Buch soll ein Denkmal für Kurt Eisner sein! Das Kurt-Eisner-Buch der Büchergilde läßt vor allen Dingen den lebendigen Feuilletonisten Eisner zu Worte kommen. Es bringt die besten seiner Kurzgeschichten, seiner Streifzüge wider die Repräsentanten der öffentlichen Ordnung, wider den Kleinbürger und die Finsternisse. Wir hören ferner den Eisner, der in klarer, feuilletonistischer Form über die Probleme Liebe und Ehe plaudert. Daneben steht der Mann der Revolution, der seinen Opfertod vor Augen hat und trotzdem, ohne nach links und rechts zu schielen und ohne sich den etwa notwendigen Rückzug zu bedenken, auf sein Ziel losmarschiert.

Hermann Claudius: „Seid gegrüßt“, zwei Sprechchorspiele für Jugendweihen „Seid gegrüßt“ und „Kommt“. Preis 0,50 Mk. Berlin 1929. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Durch jede Buchhandlung zu beziehen. In den Jugendweihen soll Rücksicht und Ausblick, soll Begewissung in symbolischer Handlung gestaltet werden. In den beiden Sprechchorspielen von Claudius ist dies alles in farben Wort rhy men geformt. Im ersten Spiel wirken Einzel- und Chor Sprecher, Orgel- oder Harmoniummusik und Schlaginstrumente zusammen. Das zweite Spiel hat Sprechchor der Väter, der Mütter, der Jugend und des Volkes.

Feste der Arbeiter, Heft 1: Frühlings-, Oster- und Märzfestern. 52 Seiten. 1,20 Mark. Verlag: E. Altenberger, Waldenburg-Altwasser i. Schles., Stelgerweg 23.

Eine reichhaltige Sammlung von Gedichten und Erzählungen, Betrachtungen und zwei Aufführungen, eine Anzahl Musterprogramme und eine umfangreiche Liste weiterer geeigneter Materials mit Nachweisen. Für jeden Verein ein unentbehrlicher Ratgeber zu seinen Festen. Für Menschen, die in ruhigen Stunden das Brausen des Frühlings, den Menschheitsaufstehungsgeist unseres Ostern, die revolutionären Stürme der Aser in sich aufnehmen wollen und sich hineinleben können in diese Feiertage, wird das Heft einen reichen Genuß bieten. Unsere bekannten Arbeiterdichter stellen auch hier wieder Beiträge zur Verfügung.

Der „Kulturwille“ ist mit dem Beginn des neuen Jahres in den Verlag der Leipziger Buchverleger A.-G. übergegangen. Die Monatshefte, die einzeln 2 Pf. kosten, zweckmäßig aber durch Post oder Buchhandlung für 1 Mk. im Quartal abonniert werden, bringen neben zahlreichen kleinen Mitteilungen und Notizen stets auch eine Reihe von Bildern: Porträts, Landschaften, Arbeiterfeste und verwandte Gegenstände.